

# Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands, der Stukkaturen und verwandten Berufsgenossen,

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkaturen Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Herausgeber: Johann Stanning, verantwortlicher Redakteur: Fritz Paeplow, Veibe in Hamburg.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. — Der Abonnementspreis beträgt pro Quartal M. 1, ohne Beigabe, bei Befüllung unter Kreuzband M. 1,40.

Anzeigen die dreieckförmige Metallteile oder deren Raum 80 fl. — Postkatalog Nr. 8116.

Redaktion und Expedition: Hamburg, St. Georg, Neue Brennerstraße 16, erste Etage.

## Kollegen! Vergeßt nicht, für den Streifsond zu sammeln!

Inhalt: Aus dem Reichstage. Die Gesetzesvorschläge im neuen Innungsvertrag. — Nummern. Die Meister. — Baugewerbe. — Baubericht. — Lohnbewegungen und Streiks. — Aus unserer Bewegung. — Literarisches. — Briefkosten.

**Ausgesperrt**  
find die Verbandskollegen in Nordhausen, Magdeburg und Pyritz i. P.

**Im Freik**  
befinden sich die Kollegen in Altstadt, Sonnenburg (Neumark), Teterow, Preest, Burg b. Magdeburg, Naumburg, Eisenach, Lemgo, Quedlinburg, Essen, Hegermühle, Lübbenau, Neusalz, Kolberg und Braunschweig.

**Sperren sind verhängt.**

über die Bauten des Unternehmers Müller in Weissenfels, der Gebr. Udermann in Herford (Baukeramikfabrik) und die Bauten des Unternehmers Pöhlmann-Brunsbüttel, Dampfsiegelei in Briesel bei Scherrebett.

### Die Konferenz.

der Maurer des Königreichs Sachsen, Herzogthums Altenburg und des Regierungsbezirks Merseburg der Provinz Sachsen findet am Sonntag, den 22. Mai, in Altenburg statt.

Die Tagesordnung ist vorbehaltlich der Genehmigung der Konferenz, wie folgt festgelegt:

1. Bericht und Abrechnung der Agitations-Vertretungensteile in Dresden, Leipzig und Bautzen. 2. Agitation. 3. Streiks.

Die Verhandlungen beginnen Vormittage 10 Uhr und werden bis gegen 8 Uhr Abends beendet sein. Zum Empfang der Delegirten sind Altenburger Kollegen am Bahnhof, die sich durch Tragen des "Grundstein" erkennbar machen.

Wünschliches und zahlreiches Erscheinen der Delegirten wird erwartet.

Um Aufträge:  
R. Wehr, Leipzig, Friedrichstr. 14.

### Aus dem Reichstag.

Berlin, 6. Mai.

Die lezte Sesslon der neunten Legislaturperiode des Reichstages ist heute vom Kaiser mit einer Thronrede feierlich geschlossen worden. Gestern fand die lezte Sitzung statt. Mit überwältigender Eile wurden in den letzten Tagen die noch rückständigen Arbeiten erledigt. Bei Erledigung des Gesetzentwurfs, betreffend Änderung der Bürgervorladung und der Gesetzesvorschriften, machte der sozialdemokratische Abgeordnete Stabthagen den Versuch, einige Verbesserungen herbei zu führen. Nach der preußischen Geistordnung konnten Dienstboten ihre "Dienstboten" nur dann verklagen, wenn sie vorher den Verlust gemacht haben, mit Hilfe der Polizei eine Eindringung zu bewirken. Um diese ausnahmsartige Stellung des Gesetzes zu befeiligen, hatte Stabthagen beantragt:

a) dem § 18 des Gerichtsverfassungsgesetzes folgenden Zusatz zu geben:

„Wegen der besondern Eigenschaft einer der Parteien darf die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten weder ausgeschlossen, noch an befürdete Wohnungen getilkt werden.“

b) ebenfalls (für den Fall der Ablehnung zu a, gestellten Antrages) dem § 18 des Gerichtsverfassungsgesetzes folgende Zulage zu geben:

„Die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten über Rechte aus einem Arbeitsvertrag, einschließlich des Gehaltsvertrags, darf durch Landesgesetz weder ausgeschlossen, noch an besondere Bedingungen gehindert werden.“

Obwohl die Verehrung dieser Forderung von keiner Seite bestimmt wurde, fand sie doch keine Majorität, die ihr zustimmte.

Ein anderer sozialdemokratischer Antrag ging dahin:

„Als Verhandlungsgesetze in den vor den Gewerberäten, der Innungsordnung und den Gewerberäten verhandelten Streitigkeiten verhandeln und entscheiden die Arbeitern, unter Zugabe eines Arbeitgebers und eines Arbeiters, welche in denselben Rechtsstreit, der dem Gewerberat oder Innungsordnungsrecht als Rechtsrat häufig gewiegt sind. Die Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind daher gemeinsam die Rechte nachzuordnen.“

Auch dieser Antrag wurde abgelehnt.

Die Abstimmung über die in der zweiten Lesung des Reichsstaats-Ests bereits berathenen Resolutionen, betreffend die Sicherung des Koalitionsrechtes, ergab die Annahme derselben. Die eine, vom Abg. Dr. Bachmeyer mit Unterstützung der Sozialdemokraten gestellte, hat folgenden Wortlaut:

„Die verbindlichen Regierungen um die Vorlegung eines Gesetzentwurfs zu erufen, welcher die dem Koalitionsrecht noch entgegenstehenden Beschränkungen beseitigt, insbesondere“

a) den § 152 der Reichs-Gesetzesordnung dahin erändert, daß Verabredungen und Vereinbarungen zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen auch dann erlaubt sind, wenn sie nicht über nicht nur die unmittelbaren Interessen des sich Verabredenden oder Vereinbarenden, sondern auch die Interessen der Arbeiter und Arbeitnehmer im Allgemeinen betreffen, oder darauf gerichtet sind, Veränderungen in der Gesetzgebung und Staatsverwaltung herbeizuführen;

b) den im § 152 der Reichs-Gesetzesordnung erwähnten Verabredungen und sonstigen zur Wahrnehmung von Berufsinteressen gegründeten Vereinbarungen gestattet, miteinander in Verbindung zu treten;

c) den zur Wahrnehmung von Berufsinteressen begründeten Verein Rechtsfähigkeit verleiht, wenn sie den §§ 55 bis 60 des Bürgerlichen Gesetzbuchs genügen.“

Die zweite von Dr. Sieber und Genossen vorgeschlagene lautet:

„Die verbindlichen Regierungen zu erufen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen der § 152 der Gesetzesordnung ergänzt wird, daß Verabredungen und Vereinbarungen gefestigt werden, welche die Verbesserung der Lage der Arbeiter im Allgemeinen oder die Erlangung günstiger Lohn- oder Arbeitsbedingungen durch Veränderung der Gesetzgebung bewirkt.“

In dritter Lesung wurde — und zwar in einer einzigen Sitzung — die Militärstrafprozeßordnung so erledigt, wie die Regierung es wünschte. Die Abgeordneten Frohne (Soz.-Dem.) und Haussmann (Deutsche Volkspartei) waren diesmal noch die Einzigsten, die an dem Entwurf gebührend schwere Kritik übten. Das durchaus dem realistischen Geiste entsprechende Gesetz wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Volkspartei und einiger anderer kleinen Gruppen angenommen.

Die lezte Sitzung brachte eine große wirtschaftliche Debatte. Es wurde folgende von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachte Interpellation verhandelt:

„Die Unterzeichneter richten an den Herrn Reichskanzler die Anfrage: Ob es möglich ist, die verbindlichen Regierungen die beschuldigten Regierungen, angehörend der ungewöhnlich hohen Getreibepreise eine zeitweilige Aufhebung der Getreibebezölle herbeizuführen?“

In längerer Rede begründete Abgeordneter Schippel diese Interpellation. Der Redner führte aus, in welch erheblichem Maße schon durch die Getreibebezölle an sich unter normalen Verhältnissen die Arbeiterklasse belastet wird. Jetzt kommt hinzu, daß infolge des amerikanisch-spanischen Krieges die Getrebe-einfüsse stark und die Getreibe-preise deshalb ganz außerordentlich steigen, so daß man bereits von wirklichen Notstandsspreisen sprechen kann, welche die Unbenötigten und Armen hart treffen.

„Was?“ — fragte der Redner — „bedeutet für die arbeitenden Klassen der jetzige Getreibebezoll? Nach statistischen Durchschnittsberechnungen rechnet man bei uns auf ein Jahr 173,7 kg Brot und Mehlsverbrauch; das macht also für eine Familie von Mann, Frau und 3 Kindern 868,5 kg Brot- und Mehlsverbrauch und das sind bei M. 35 Brot jährlich M. 30,40, die der Arbeiter da nicht auf dem Altar des Vaterlandes, sondern auf dem Altar des Großgrundbesitzes opfert. M. 30,40 sind für eine Arbeiterfamilie bei M. 2 Tagelohn 15 Arbeitstage, die der Arbeiter heute umsonst für den Großgrundbesitz arbeiten muß. Vergessen Sie nicht, daß Sie sich bei den Wahlen auf die Wähler stützen müssen; es sind nicht bloß die Arbeiter die armen Konsumenten, sondern auch die Hunderttausende von Unterbäueren. Welch unmerkbare Gehälter bestehen unter Unterbäueren. Im vorigen Jahre haben wir die Gehälter der Bahnarbeiter um M. 75 durchschnittlich erhöht. Damals hatten wir Getreibe-preise von M. 115. Vergleichen Sie damit die heutigen Getreibe-preise. Mit einem Schwamm und einem Strich haben Sie da die ganze Gehälterhöhung wieder weggemischt! Ein reelles Geschäft ist das nicht! Sie rechnen weiter mit dem kleinen Mittelstand, besonders die Kigarrier zählen auf seine Stimmen. Nun, dieser Mittelstand ringt mit seiner Existenz, wir haben seine furchtbare Not niemals verheitert. Wenn Sie auf den Rechten für den Mittelstand etwas thun wollen, jetzt können Sie es beweisen. Subventionieren Sie die Getreibebezölle! Sie erreichen dann den Mittelstand eine viel, viel größere Wohlthat, als wenn Sie die Großbäueren mit einer Umsatzsteuer treffen.“

„Immer heißt es, die Arbeiterklasse sei es, die unsere heutige Gesellschaft in ewiger Unruhe halte, die ewig aufgehehe. Ich habe Ihnen vorhin vorgerechnet, daß die Belastung für die Arbeiterfamilie durch die Getreibebezölle M. 30 beträgt. Denken Sie nur einmal an unsere bestehenden Unternehmer, wie die ausschreien über Belastung, wenn sie einmal ein paar Pfennige für die Arbeiterversicherung zahlen müssen. Wenn wir uns dies zum Muster nehmen würden, hätten wir heute italienische Zustände in Deutschland, wenn wir so wählen und aufgegehen wollten gegen die Lasten, die uns treffen. Wie hoch beläuft sich denn die Belastung der Industrie durch die Arbeiterversicherung, wofür sie so viele Augeständnisse eingetauscht hat? Doppelt und dreifach ist alles kompensiert worden. Die Lasten belaufen sich bei der Krankenversicherung

Verhandlungen der Landeskonferenz. Zum Schluß gab der Vorsitzende Kollege Hellwig, den Kollegen noch mit auf den Weg, haftzüglicher als bisher für ihre gute Sache einzutreten und nicht so lästig weiter zu leben.

und nicht so schäbig weiter zu leben.  
In Dornheim fand am 18. April eine öffentliche Befreiungsverfammlung im Saale des Herrn Herz statt. Die Befreiungsverfammlung war nur schwach besucht, es ließen sich aber doch sieben Männer in den Verbund aufnehmen und berücksichtigt werden. Es mißgelaufen, daß in einer kurzen Zeit eine Befreiungsfeier des Verbandes in Dornheim eröffnet werden konnte. Wir dachten die so Hoffnung, hegten, daß die Saal in Dornheim einen guten Rahmen entgegennehmen könnten.

Die Zahlstelle Dortmund hielt am 30. April ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Es wurden zunächst

angrige Münzprägungsumstatzen um die Kollegien der Münzprägungsumstatzen und zweiten Bevollmächtigten Kollegie S. F. S. geweckt. Kollegie P. S. n. e. m. machte bekannt, dass am 11. Mai eine offizielle Verhandlung stattfand, und forderte die Kollegien auf, nichts zu agitieren und sich zahltrech am 8. Mai an den Haushaltssatzungsdebatzen zu beteiligen. Ein Bericht des Generals- und Finanzministers kam der Street der Börsen zur Sprache, wonur er 20 bezweifelt wurden; „At 49.70 haben die Börse schon vorher von mir erhalten. Im Punkt „Beschiedenes“ brachte viele Kollegen über die Missstände und die lange Arbeitszeit die Dingegegenheiten sollen hauptsächlich in der öffentlichen Verhandlung sehr gefragt werden. Da unsere Bürsten am ersten Mai vereicht wurde bekannt gemacht, dass unter Verbandskollegien nach Heiliggegenstrasse Nr. 59, „Die Krimin“, verlegt ist. Der Präsident schloss mit den Worten:

In Dreieichenhain fand am Freitag, den 22. April, im Saale „Zum grünen Baum“ eine außerordentliche Maurerversammlung statt. Ms. Referent war Dr. C.

versammlung statt. Als Referent war Kollege Lorenz Hamburg erschienen, der den Anwesenden in 1½ stündige Redefluss und deutlich vor Augen führte, was durch die Organisationserungen ist und was sie noch erringen wird. — Von Dreieichenhain arbeiten 120 Organistinnen gegenwärtig 106 Maurer in Frankfurt a. M., welche auch mit auf wenige die Versammlung befuhrten. Die hiesigen Maurer haben meisteins 24 Jahre bis zur Erwerbsfähigkeit oder bis zum Ende folgenden Lebensabschnitts: Morgens um 4 Uhr (die Frau oder Vater hat inzwischen schon den Kaffee gekocht und die Tagesfraktion besorgt) muß ein Lehrer, wenn er nicht auf die Bahn rennen will, als Bett verlassen, dann geht das Märtgeslein los, eine Stunde ist zur Bahn. Bahn nach Frankfurt erreicht, ist bis zur Arbeitsstelle durchschnittlich wieder  $\frac{1}{2}$  Stunde an Fuß zurückzulegen. Dann arbeiten wie bis Abends 7 Uhr, treten vielleicht wieder zurück und kommen dann um 9 Uhr nach Hause; gesparten und müde legen wir uns um 10 Uhr zu Bett. Wir haben also eine 10½ stündige Arbeitszeit, denn als Spazierfahrt kann man die Laufzeit nicht ansehen. Dies betrifft nicht allein die Kollegen in Dreieichenhain, sondern die meisten Kollegen, welche in Frankfurt arbeiten, müssen, mit wenig Unterbrechung, dieselbe Strecke machen. Darum auf Kollegen, tretet ein für die Organisation, damit wir unsere traurige Lage verbessern können.

In Freibenstein am W.<sup>o</sup>, fand in dem Saal "Zum Engel" am Dienstag, den 26. April, eine öffentliche Maarterfeierveranstaltung statt, welche erstaunlicher Weise gut besucht war, was wohl im Beneiste selbst, doch die Kollegen aus Dreieich nicht ganz ohne Interesse fand. Kollege Herborn aus Freibenstein a. W., als Referent übernommen hatte, bestand es ausgesprochen, den Kollegen ihre Notfälle vorab und bestellt vor Augen zu führen, die Maßnahmenweise zweck der Kavallerie und Arbeit gleichzeitig zu leisten, wobei der Pferdofessor's über Erfolg in das richtige Licht stelle, immer darauf hinzuweisen, daß diese eine gute und wichtige Organisation im Stande ist, die Blüte dieser unternehmerisch tüchtigen Herren zu durchbrechen, und um ein gefolstes und unwilliges Zusammensetzen in starken Organisationen die Geschäftshabefähigkeit der Arbeiter dauernd zu erhöhen. Reicher Lobende lobte den Reiter am Schlüsse seiner Ausführungen Kollegen ließen sich in den Verdienst der Männer Deutslands freuen. Nachdem die Wahl der Goldschmiedverwaltung vorangestanden war, machte Kollege Herborn nach langer Diskussion aufmerksam, daß nicht die Angehörigen einer Verbändekonigung genüge, um bessere Lohn- und Arbeitsergebnisse zu erzielen. Seiner Kollege muß sich darüber wundern, daß es diesen harten Kampfes noch statt darüber werden, daß es diesen mühseligen Stets mit einer gut gesellten überzeugungstreuen Arbeit bereit stehen und die notthöhe Differenz bringen. Der Vorsteher schloß mit einem Hoch auf die internationale Arbeitsergebnung die gut verlaufene Versammlung und wolle wir sehen, daß der Bau, dessen Grundstein wir legen, immer rüstig und mächtig bleibt.

Die Kollegen in Glauchau hatten einmal wieder eine Versammlung mit Bündnerstein. Bisher war es noch nicht möglich gewesen, eine Mauererfassung richtig zu Ende zu führen, um die Polizei entgegen die Verfassung von dortheimstein vorzuholen oder die Befreiung kurz nach Beginn aufzustellen. Am 14. April, hatten sich ein Ober-Geboren, zwei Magistraten und eine Anzahl „Polizeier“, wie die Kollegen sagen, eingefunden, fort noch der Größtmutter, bestrengte der überwachende Beamte, alle Nachmänner sofort den Saal zu verlassen hätten. Ihre Verfassung nicht der Gefahr der Auflösung auszusetzen, der Vorsitzende ließen Verlangen nach, indem er die Richter aufforderte, das Lied zu verlassen. (Das Verlangen Beamer hat im Gesetz gar keinen Rückhalt. Die Nebestellung.) Beide Ausgang fügten dann zwei Beamte Polizei und fragten in Einverständnis, ob es Maurer sei. Jungs 18-jähriger Kollege wurde hinausgewiesen (die zweite Ungefechtlichkeit), um ihnen befehlt wurde, sie seien viel zu jung, um einer Sammlung beizuhören. Gieblich kommt Kollege Meier-Lindenberg seiner Vorlage über die wirtschaftliche Lage der Stadt zu Beginnen. Als Redner auf die Münchener Unfälle aufmerksam gemacht und unter Anderem die Münchener Unfälle als Beispiel anführt und sich dort die Bühnrede mit dem Gute der Sachverständigen in Wiberndorf gezeigt hätte, wird er abberufen. Kollege Meier kam dann auf das Koalitions- und auf sprechen und wies nach, daß Unternehmer sich verzweigt auf ausstellen, daß sie die Arbeitnehmer ausspielen und misshandeln, ohne daß Polizei und Staatsanwalt eingreifen; hätten aber die Arbeitnehmer, so würden sie steigende Gehalts befreit, mich der Grundstüdt. Gleicher Recht für alle, unverändert. Der preußische Aufzugsminister v. Schönheit hat ja als Reichsgrundgesetz erklärt. Wenn zwei dasselbe tun, ist es kein Verstoß. Da schenke ich Herrn Überwachenden ein paar Worte, aber ich kann Ihnen nicht mehr antworten, weil ich Ihnen nicht mehr antworten kann.

Ungeschlechtlichkeit Nr. 8; der Ueberwachende hat gar keine Worte entgegenzubringen). Die Besammlungen, hier erlaubt man, konnte beobachten, wie nur mit Mühe Beauftragte und Untertanen unterbrochen wurden. Der Vorliegende ergriffen schließlich die Diffusion. Buntstifte gestaltete Kollege W. L. z. das Verhalten der Glaudius-Anternehmer. Sie befürchtet, durch Maßregelungen die Organisation der Mauter zu unterbrechen. Das würde ihrer niemals gelingen. Gestern denn je wußten die Kollegen zusammenzuhalten. Darauf ergriff Kollege W. L. das

Die Ritter der Schule Glauchau, ergreif College und Freunde des Wort. Sie wies an der Hand einer Statistik nach, wie folgte die Maurer in Glauchau bezahlt würden. Sie hätten aber von keiner anderen Seite Hilfe zu erwarten: Die einzige Bemühung sei die Organisation, der heutige Maurerberband habe die Unternehmer plante, diese Organisation zu vernichten. Und wenn die Unternehmer planen, diese Organisation zu vernichten, so müßte auf der anderen Seite der lebte Maurer den Berbande ausgestiegen werden. Redner forderte am Schlus alle Maurer, welche dem Berband noch nicht angehörten, auf, sich nach der Verammlung bei ihm zu melden. Darauf wurde die des Loshalts aus den ledigen Blas füllende Verammlung geschlossen. Es wurden dann 18 Mitglieder aufgenommen. Doch auch jetzt dauerte der Polizei die Sache zu lange. Trotzdem die Verammlung schon längst geschlossen war und die Blas der Polizei dadurch ihr Ende erreicht hatte, gingen die Beamten doch an die einzelnen Tische heran und forderten die Kollegen auf, nach Hause zu gehen, die Verammlung sei zu Ende. Selbstverständlichkeit hatte auch hierzu die Polizei kein Recht. Da diese Aufforderung aber Niemand beachtete, so wurde der Wirth aufgeschreckt, welcher denn auch erschrocken ließ, er wolle keinen Saal mißleiten, der noch darüber hoffe, welche in die Glauchau. Die Ruffung wird nicht lange ausdehnen.

In Breslau fand am 18. April eine gut besuchte öffentliche Niederwerksammlung statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Der Befreiungsbund der Streitkräfte. 2. Der bauernrechtliche Arbeiterschutz und die bevorstehenden Reichstagswahlen. Das Referat zu beiden Punkten hatte Professor E. C. F. ein in zweiwöchiger Dauer vorbereitet. Beide Vorträge erweckten ein großes Interesse. Der Vortrag über den Arbeiterschutz in längeren, gemeinverständlichen Formen brachte heftige Gegenreaktionen. Das Vorbringen der Staatsregierung gehe darin, Stellung zu nehmen gegen die Arbeitersicherung, zwecks Aufhebung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Der Vortrag über die Reichstags-Gewerbeordnung giebt einen Überblick über das hoffnungsvolle Koalitionsziel, welche Stellung es aber in Wirklichkeit damit, besonders in Sachsen? Dort hat die konserватiv-rechtschaffene Mehrheit des Landtages den Frauenwahlrecht und den Mindestlohn durch den Verfassungsgericht entfeindet. Die Unternehmer lehnen bei Streitfall schwere Strafen zuzulassen und im Staatskontrollrat förmlicher abgelehnt. Ein Innungsmeister von Breslau wurde wegen Mißhandlung eines auf Streitposten befindlichen Maurers zu 1½ Jahren Gefängnis verurtheilt. Streitende Arbeitgeber aber, welche auf Streitforenungen gegenüber zu einer unbedingten Anerkennung ihrer Rechte, werden zu langen Gefängnisstrafen verurtheilt. – Die Unternehmer sind gefestigt in ihrer Arbeitsmehrheit, für genügenden Schutz der Arbeiter zu sorgen. Sie können es aber nicht, wenigstens nicht freiwillig. Die Polizei kann ebenso wie sie auch gegen den guten Willen hätte, es auch im Stande, eine genügende Kontrolle über die Ausübung der Schutzmacht ausüben zu dürfen, wenn es ihr in den meisten Fällen den nötigen Kaufmannsgeist mangelt. Es ist daher dringend erforderlich, daß die Beamten durch dazu befähigte Arbeitnehmer kontrolliert werden. Zum Schlüsse forderte Redner die Anwesenden auf, in der kommenden Reichstagswahlabstimmung ihre Stimmen in erster Linie für sozialdemokratische Reichstagsabgeordneten zu geben. Kollege E. F. forderte eine allgemeine, nicht organisierte Mauer, sich während der Worte einschreiben zu lassen. Zum Schlüsse holte Kollege E. C. F. die Abgeordneten,以便 an der bevorstehenden Vertreterversammlung zur Deutschen Nationalversammlung nachzutreten zu können.

Eine öffentliche Mauererberfassung fand am 24. April in Kreiswald statt, welche sich namentlich mit unseren Befreiungen beschäftigte. Die Lohnauflistung konnte mittheilen, daß die Unternehmer folgende fünf Punkte anerkannt haben: Vom 1. Mai d. J. ab beträgt die Arbeitszeit 10½ Stunden. Der Stundenlohn beträgt vom 1. Mai ab 85  $\text{A}.$  3. Überarbeit, Nachts- und Sonntagsarbeit wird mit 40  $\text{A}$ . bezahlt. Bei Landarbeit soll von Seiten der Unternehmer für warmes und menschenwürdiges Logis gesorgt werden. Ist dieses nicht möglich, so wird die Landarbeit mit 40  $\text{A}$  pro Stunde bezahlt. 5. Die Laufzeit von und nach der Landarbeit wird in beiden Parteien zur Hälfte getragen. Somit wären nunmehrige Differenzen auf gütlichem Wege beigelegt und der Punkt der Tagessordnung erledigt. Alle bisher Diskutirten waren über Wichtigkeit auf den Bauern gefäßt, und jüngst ein erfahrener Bauunternehmer das rezentile Vertragen seines Partnert's in's beste Licht zu stellen. Der Partner hat sich nicht geäußert, mit dem ganzen Mauerlese nach einem Mauerpriester zu werden. Nur die Dogmatisierung des Unternehmers wurde ein Unglück gestellt. Dieses konstituerte der Unternehmer persönlich die Berufsfassung. Auch wurde die Einrichtung der Berufsfassung einer hecken Schrift unterworfen. Es wurde mit großer Sorgfalt der Beschluß gefasst: Wenn sich das Vertragen des Berufes nicht innerhalb 14 Tagen ändert, so wird über den Bau Sperrre beehängt werden. Ein Anhänger des betreffenden Berufes erlaubte sich folgen schmückende Bezeichnungen, die den Berufschluß aus dem Verbände unbedingt nothwendig machen würden noch der Vorsteherin in warmen Worten die Vermeidung aufzufordern, doch ja für den Streitpunkt tückig zu sein, erfolgte mit einem Hoch auf die internationale Arbeitsbewegung um 7 Uhr Schluß der Versammlung. Zugang nach Hause ist nunmehr frei.

In Hagen tagte am 21. April eine ziemlich gut besuchte Versammlung, die die Befreiungen und die Versammlungstage festgestellte.

eine bildhauerische Maurerversammlung. Kollege B o i g - Magdeburg einen 13 stündigen Vortrag auf. Was müssen wir Ihnen, unsere Zuge zu verbessern? Meister führte der Verantwortliche und deutlich vor Augen, in welchen fehlenden Bereichen in Bezug auf Rauhfräsen, Klebung und Polsterung die Qualität der Arbeitnehmer sich befindet, das die Arbeitnehmer Mangel an Ausbildungsbürgern, an Altem, was zur Zeit der Rauhfräsen Nottwürft haben. Selbst wenn diese und anderen unter Umstehungen mit verbreiten, wird das Objekt nicht gebaut. Meister beharrlich ferner eingehend die legale Gefährdung, besonders den Mangel wichtiger Unfallverhütungsgeräte. Die misslichen Verhältnisse zu befreien, sei eine strame Auskranfunktion das beste Mittel. Zur Verbesserung dieser Zuge streben wir schon lange, jedoch besonders durch Steigerung der Arbeitszeit an. Um dies zu eringen, müssen wir laut rufen: Kollegen, trefft dem Werktag

der Diskussion wurde unter Arbeitern auch das Verhältnis der Unternehmer kritisiert, daß sie Arbeitskräfte herauszuholen suchten, die sie auch gar keine gebrauchten. Ein Unternehmer plauderte diesen Winter 200 Maurer in der Zeitung, während er bloß jenen Mann einfassen konnte. Dann wurden noch die mangelschaften Abredungen, Aborte und Baubauhöfen von den Kontrollen stark gerügt. Die Polizei schaute sich trotz Aufmerksamkeit in der Presse wenig darum, ob Leben und Gesundheit der Arbeiter zu Grunde geht. Zehn Kollegen ließen sich in den Verbänden aufnehmen.

In der am 24. April in Hohenmölsen stattgefundenen Mitgliederversammlung, wobei leider sowohl befürchtet war, dass loslösen die anwesenden Kollegen, zu versuchen, in Tauriern eine Zehstelle des Verbands zu gründen. Weiter wurde befürchtet, dass den Mitgliedern der "Grafschaft" monatlich dreißig, vienmal jüngere werden soll, das vierte resp. fünfte Monat nur noch zur Befreiungsumstaltung verbleibt werden. Darum sag. Jeder, der zur Befreiungsumstaltung kommt, welche denn letzten Sonntag vor dem 1. eines jeden Monats stattfindet. Das Weiterer wird das Gebahren des Maurermeisters G. F. G. oder er ist frifftig, welcher der Anfrage um einen Haushalttag den Vorsitz des Baues (Kirchenbau, Gräben) mit Peterburg besproche. Nun nimmt er es als eine Unverträglichkeit, dass Arbeiter, die sich getraut haben, eine Hoffnungslage zu verlangen; schließlich darf man den dort befreiflichen Arbeitern vor, auf gewesen zu sein. Wenn da den ganzen Winter so fort ginge, würde es wohl unzuließig. So tritt Gischorner es eilige Tage. Viele Kollegen kommen darauf in richtig gute Weise die Arbeit nieder. Gischorner wird wohl so weit kommen, dass Herr Gischorner bei den beiden Befreiungszimmen bald keine Arbeit mehr sein wird, dann kann er's leicht machen, denn zum Streit fordert er uns höhnische Weise. Sie Tag auf.

19. April hielt die Zehstelle Tiefhöhe ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Den Stelltier wurde für die Leitungsführung im ersten Quartal Detlef erheitelt. Darauf folgten Herr E. M. in einer einstündigen Vortrag über den Wert und Nutzen der Gewerkschaftsbewegung. Mederer legte es den Mitgliedern hauptsächlich auszuhören, wie sie sich bei einem Streit zu verhalten haben, und wurde der Vortrag sehr beifall aufgenommen. Darauf trat noch Kollege Kellner an in einem eil, das sich jeder Kollege zur Pflicht macht, auch daran folgten, das die am Orte befreiflichen Kollegen zweitens einzestellt kommen, bevor jüngere zugewiesene Kollegen eingestellt werden. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten erledigt waren, erfolgte Schluss der ziemlich gut besuchten Befreiungsumstaltung.

Am 24. April hielt die Zabstelle Köln ihre Generalversammlung ab. Der Käfferei verfasste die Abrechnung vom Quartal; für die Hauptfeste Einnahme M. 171, Ausland M. 69,80, Bestand M. 161,70. Für den Strafzinsfuß: Eingabe M. 23, Ausgabe M. 5,15, Bestand M. 17,25. Für die Gültigkeit: Einnahme M. 89,63, Ausgabe M. 73,10, Bestand M. 0,1. Da der Käfferei wurde entlastet. Die Mitgliedschaftszahl ist 180. Es ist aber traurig, daß nur 180 Kollegen an der Organisation angehören. Es ist aber auch traurig, daß die organisierten Kollegen so wenig an den öffentlichen Versammlungen beteiligt sind; auch die Mitgliedschaftsversammlungen müssen förmlich besucht. Es muß ein anderer Geist in die Brüder hineinwirken und es muß besser agitirt werden. „Der Brüder und Verbrüderndes“ wurden die Kollegen nochmals erinnert, daß an dem Bericht des Streitmarken mehr zu berichten ist. Verbrüdernde sollen jede Woche 10 As. und lebende 20 As. bezahlt werden.

nachdem mehrere Kollegen ihre Meinung ausgesprochen, beschlossen, eine Zahnfeste des Maurerverbandes in Königslützen zu gründen und für die weitere Ausbreitung der Organisation in den Orten Sorge zu tragen. Wie es scheint, ist hier der Grundstein gelegt für eine gute Organisation, indem es seitens junger Kollegen sind. Was die Zahnfeste hoffen und scheinen

Am Montag, den 25. April fand in Kölberg eine öffentliche Mauereröffnungsfeier statt. Über „Kapital und Arbeitserorganisation“ hielt Kollege Schlinert-Steitlin einen zweistündigen Vortrag, welcher von der Versammlung mit Begeisterung aufgenommen wurde. Redner betonte, wie das Kapital immer mehr und mehr sein Einfluss ausübt auf die gesellschaftlichen Organisationen und die die Bevölkerung droht. Wir haben die Pflicht, desto stärker und stärker zur Organisation zu hantieren, denn das ist die einzige Chance, um der die Gesellschaft des Kapitals wirkungslos abzurufen. Betriebs unserer Bahnbewegung wurde beschlossen, mit einer Arbeitsniederlegung zu warnen, bis der einflussreiche Moment neßommen sei. Km. 13 Uhr

wurden, die der günstigste Moment getreten sei. Um 11 Uhr erfolgte Schluß der stenografisch gut befürchteten Versammlung.

Am 24. April fand in **Laudenbach** eine öffentliche Mauerversammlung statt. Die Tagesordnung lautete: „**Bewerb und Antrag der gewerkschaftlichen Organisation**.“ Das Referat hatte Kollege **Günther** aus Erfurt übernommen. Nebener belonte offiziellstümlich, daß wir ganz energisch für die Verkürzung der Arbeitszeit eintreten sollten. Kollege **Baum** in **Zaudenbach** stand hauptsächlich auf die Mäßigstände zu sprechen, wie sie früher in **Gienanth** bestanden waren, und wie sie geblieben seien, auch jetzt noch bestehen. Nebener forderte die allgemeine Auseinandersetzung, welche noch nicht organisiert ist, auf sich, doch ohne Angabe der Organisation anzugeben, denn nur durch die gewerkschaftliche Organisation sei es möglich, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen. Ganz besonders wurden die Auseinandersetzungen aufgerufen, solldarüber mit den **Gienanther** Kollegen zu erläutern und nicht durch „Arbeitsweltspitzen“ beeinflußt werden, in den Bildern zu wollen. Folgende Resolution gelangte einstimmig zur Zustimmung. Die Beute im Gallohus zur Krone liegende öffentliche Mauerversammlung erklärte sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und berührte, mit allen gesetzlichen Mitteln darin zu wirken, daß sein einziger Kollege, der Erbteil von **Gienanth** eber aufgenommen, bis die Forderungen der Gesetzestafel erledigt worden seien.<sup>4</sup> Die Versammlung beschloß weiter, eine Büchstelle des Verbandes in **Zaudenbach** zu gründen, und haben 28 Mann unterschiedlich erklärt, der Organisation sich anzuschließen. Um 5 Uhr erfolgte Schluß der recht gut befürchteten Versammlung.

Am Sonntag, den 24. April, fand in Wohlau eine öffentliche Verhandlung der Bauhundarbeiter statt, in welcher Kollege Peterl aus Nürnberg rezipierte. Zu bedauern ist, daß die Verhandlung, von Wohlauer Kollegen schwach besucht war. Dafür waren die Kollegen von Steinbach und Reichenbach vertreten. Neben einer Rede seines Referats über: "Die heutige Lage der Bauarbeiter, und wie wir sie zu befreien?" gab ein Bericht der Anwesenden, daß so ihm von Seiten großer Besitz gezeigt wurde. Auch nahm die Diskussion einen guten Verlauf.

Aus Mauer, dem Bericht geschrieben: Als zu Ostern unsere Mitgliedschaft uns die Mithilfe zugewiesen ließ, daß wir mit der Selbstverteidigung nicht vertraut seien, so haben wir in folgender Erklärung auf den Wandelrath der bisherigen Kollegenschaft eingestimmt und sie haben sich nicht vertrieben. Die Kollegenschaft hat jedoch darüber gelassen, mit den Unternehmen einzutreten, so verhandeln und wie oben ohne die Lohnkommission festzustellen. Wenn nun jedoch im Allgemeinen die von und beratende Mithilfe verlangt ist, so war für uns doch sonnenweislich, daß die Unternehmertumlichkeit wahrhaft worden wäre, mit den von der Organisation gewählten Kommission zu verhandeln. Kollegenten! Wenn Ihr noch die Tiefheitigkeit hattet, Eurer Vertretung den Rücken zu dichten, dürft Ihr doch unter allen Umständen die Organisation nicht fallen lassen! Alle bis jetzt geschlossenen Einvernehmen werden vergegenstehen sein. Es gilt die durch die Organisation erlangte Position zu befestigen und zu bewahren für Mauen an ebensoviel Weite! Ihr aber aus Groß den Verpflichtungen und Organisation fern, so werden die Unternehmer sofort verhandeln, den Lohn wieder auf den alten Satz herauf zu drücken. Daraufhin müßt Ihr in den nächsten Mitgliedsberatungsmittag vollständig erneuern, damit das alte Einvernehmen wieder festgestellt wird. Begegnen wir den Unternehmern, doch mit einer fühlenden

Am 26. April fand in Pafewalz im Vereinsloftal eine öffentliche Mauerwerksfahrt statt. Der Vorsteher gab bekannt, daß die Meister, bis jetzt noch nicht grantwortet hätten, ob sich mit uns einigen wollen oder nicht. Der Unternehmer B. Ede er den sageten Befüllung wieder zurückforderte, indem er den sageten Pfahl und C. Hempel sagen, er habe keine Arbeit mehr für sie für den Rohr von 32 & 3/4 Stunde. Also die Meister haben demnach den Unternehmer sich gelabert. Wie uns zur Kenntniß gekommen ist, haben die Meister nach den umliegenden Städten um Mauer gesucht, u. a. nach Thüringen. Auch suchten sie die Innungsmeister der umliegenden Städte zu bewegen, seine Mauer von Pafewalz und Umgegend in Arbeit zu nehmen. Dann wurde mit sechser hoch hier für die Mauerwerksfahrt eingetragen.

amt gegeben, daß sich bis jetzt nur ein Streitbrecher aus dem gehunden hat, selbiger ist aber am Sonnabend Abend über abgereist. Von den Streitbrechern sind bereits gegen abgesetzt. Beschllossen wurde, bei dem Unternehmer S. Peder-Arbeit niedergelassen, derselbe beschäftigte sechs Kollegen. Er wurde noch von mehreren Kollegen befördert, von seiner Forderung, 82 % Steuerabzug, keinen Einigung abschaffen, vielmehr in den Kampf und weiter in freiem Zusammenschluß führen.

In Börpum (Recklinghausen) tagte am 20. April eine von 250 Mann besuchte öffentliche Bauhandwerkerversammlung. Prof. Dr. Osterleiter referierte in 1½ stündiger Rede über Zweck und Nutzen der Organisation und wies darauf hin, nichtwendig sei es, sich zu organisieren und einen Verband einzutreten. Weiter beharrte Referent dass Vorrecht der Belegschaft gegen das Sozialrechtsrecht der Arbeitgeber und forderte die Abwendung auf, bei der bevorstehenden Reichstagssitzung nicht von Kandidaten die Stimme zu geben, der in den entschiedenen Fällen für die Rechte der Arbeitgeber eintritt. Nachdem Kollege E. Gneidie die Ausführungen des Referenten noch einmal ergänzt hatte, wurde der Antrag, den 1. Mai feierlich

In Plauen i. B. fand am 20. April eine öffentliche Interessensammlung statt, in welcher Kollege Metzler aus Hohenberg über das Thema: „Giebt es eine harmonische Arbeit und Kapital?“ referirte. Redner führte unter

Anderem aus, daß sich die Arbeiter alle Mühe geben, mit den Unternehmern friedlich zu verhandeln, um die Lohnberhältnisse und die Arbeitszeit zu regeln. Die Unternehmer verhalten sich dagegen meistens sehr ablehnend. Die Unternehmer erkennt eine Gleichberechtigung der Arbeiter bei Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Johns- und Arbeitsverhältnisse nicht an, sie führen mit allen Mitteln die Organisationen der Arbeiter zu unterdrücken, um so die berechtigten Forderungen der Arbeiter hintan zu halten. Eine Interessenharmonie giebt es also nicht zwischen Arbeitern und Kapital. Hier die Vereicherung einer kleinen Clique von Menschen, dort die immer größer werdende Bereicherung der gesammelten Arbeiterschaft. Nur durch den Zusammenschluß der Arbeiter in starken Organisationen kann dem Unternehmermarkt noch etwas abgerungen werden. Redner forderte die Kollegen auf, sich Mann für Mann den Organisationen anzuschließen, um ihre Lage zu verbessern. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Unsere diesjährige Lohnbewegung“, sprach der Kollege Seibel und erfuhr die Kollegen, daß zum Unterstellungsfonds zu steuern, damit, wenn der Kampf gewonnen, aus dem Kapital vorstanden ist. Kollege Winter bestrengte die folgenden Gedanken: Mit einem draufgängigen Hoft auf die Arbeitserziehung wurde die gut bedachte Verhandlung geschlossen. Neun Männer stießen sich in den Vorstand aufnehmen.

Im Reichstagssaal, I. B., fand am 28. April eine öffentliche Verhandlung statt, welche sehr heftig und leidenschaftlich war. Kollege Metzler-Nürnberg referierte über das Thema: „Giebt es eine Harmonie zwischen Arbeit und Kapital?“ Redner erläuterte eingehend diese Frage im vereinheitlichten Sinne und kam darüber auf den Besuchsstuhl seines Erstes und weiter auf die in den letzten Jahren im Brüdergemeinde dargekommenen Umstände zu sprechen, welche Zeugnis ablegten, daß von Arbeiterschaft nicht grob die Stelle sein kann. Daraum müßten sich die Kollegen in den Organisationen zusammen schließen und sich stets bischen Schulw erkämpfen. Besonderes Gewicht sei auch auf die Belehrung der Arbeitssucht zu legen, unbedingt müssen die Kollegen dafür treten, daß wenigstens die offizielle Arbeitszeit abgeschrägt werde. Zum Schluß kam Redner noch auf die bevorstehenden Reichstagswahlen zu sprechen; er forderte alle Kollegen auf, nur solche Abgeordnete zu wählen, welche uns das Konsolidationsrecht vertheilen und erweitern helfen und für wirksame Arbeitserziehung eintreten. Redner erzielte reichen Beifall für sein originelles Referat. In der darauf folgenden Debatte wurde folgender Antrag angenommen: „Bei einer Lohnforderung gilt als Lohnsatzwort die zehnstellige Arbeitsszeit.“

Am Sonntag, den 24. April, tagte in Reiskirchen bei Viezen, im Bofale "Zum Adler" eine öffentliche Mauerversammlung, in der Kollege Herborn aus Frankfurt a. M. als Referent erschienen war. Trotz der Deutlichkeit, mit der er

en Kollegen ihre traurige Lebenslage vorführte, hielten es  
sich noch nicht für nötig, sich den Verbänden der Maurer  
anzuschließen. Die Kollegen begreiften zu schwer, daß durch die  
Organisation ihre elende Lage gebessert werden kann. Der  
Same ist aber gesetzt, und die organisierten Kollegen werden  
das Feld weiter zu bebauen wissen, daß der Same ausgehen  
und gedeihen möge, zum Nutzen der ganzen Monarchie! denn

Die Gegenwart ist ein Zeichen der ganzen Unternehmertum; denn die Arbeit ist im Gegensatz zu dem, was die Bevölkerung der Arbeiter ist, eine Erneuerung, und darum es der ganze Energie der gesamten Klassen, die Herrschenden zur Überzeugung von Nothwendigkeit unseres Zusammenschlusses zu bringen, aufzuhören sich mehrere Jahre als Mittelsetze eingesetzt haben und die bei der Kapitalstreuung vorgenommen werden, machen nach Säum der Verhandlung eines Kollegen ih. Herborn eine Notentlastung nach dem Orte d'origine, welche ebenfalls vor Erfolg war; es steht für auch dort, wo et wenige Meuter mohnhaft sind, eine Linschlag bedeuten, dem verhende der Mauer Deutschland besiegeln. Darum auf, ihr Kollegen Siegess und der Umgegend, agitir, wo es nur möglich ist, daß unter Verbund einer Stelle, karre werden, damit für uns und unsere Nachkommen Christliche leiste.

der, indem die Vobne auf alle mögliche Art und Weise geprägt werden. Nachdem der Meden darauf hingewiesen, daß die Organisation der bestre Boll sei gegen die Gefüste der Kapitäle, forderte er auf, in die Organisation einzutreten, um so sehere Löhne und Arbeitsbedingungen zu erzielen. In „Gesellschaftliches“ richtete Kollege Thüring eine Mahnung an Verbandsfassen, auf den Dauten sieße Ihre Regelmäßigkeiten zu Schultern kommen lassen und immer mehr für den Verband zu agitieren. Beschlossen wurde, ein Stiftungsfest abzuhalten, ein Vergnügungscomitee wurde gewählt. Nachdem vom Kollegen Großkähly das Bezirksgerichtsbriefchen gründlich erläutert und den Kollegen an Herz gesagt worden, obwohl der Bevollmächtigte bestreitig, sich zu bedienen, soß der Bevollmächtigte gut befürchtete Verhandlungen.

Die öffentliche Mauereröffnung fand in Sanger-

ufen am 17. April im Saale der „Schwesingerhütte“ statt. Sie Kirche Erfurt legte in beständiger Weise den und Rügen einer guten Organisation dar, und forderte Aufwendung auf, so dass der neu zu errichtenden Hütte verhindernden zielstrebig anzusehen. Eine bisbezügliche Lösung fand einstimmige Annahme. Durch Unterzeichnung er-  
einen 44 Kollegen ihres Beirats zum Verbande.  
Eine öffentliche Mauerwerksfeier zum Verbande

Am 10. April 1942 fand die Einnahme M. 1119,74, Ausgabe M. 539,99, Stand M. 579,75. Kollege W. d. Id gab bekannt, daß nach Übernahme der Arbeit sechs Kollegen vom Unternehmer in eine Gefängniszelle gebracht wurden. Am folgenden Tage wurden der andere Mitarbeiter eingestellt. Redner teilte das Verhalten in Arbeit lediglich den Kollegen.

derer Versammlung, die seitdem nur schwund bestand war. Kollegie r e m s - H a m b u r g referierte über die Zeit der Ministerien und der Reichsgesetz, den Bodenstaatlichen Erfolg und beobachteten Registrierungen. Weber erinnerte an seine kleinen E i n f l u s s auf Herzog gelieben Vortrag reichen Falles. Kollegie sprach über die beherrschende Sozialbewegung und den Einfluss d. M. und rüstete an noch nie fest stehenden Mauren Wahrnehmung, doch empfahl dem Verhörtheile beizutreten. Am 11.

hiesigen, noch nicht organisierten Kollegen wäre es doch endlich Zeit, die Bspfmühre, die Ihnen noch so tief über den Ohren liegt, etwas zu lüften.

Aus Zeit wird und geschriften: Es sind in diesem Jahrzehnt sehr Sache, daß die hiesigen Kollegen mit Förderungen an die Meister herangereichten. Die Antwort war, daß zwölf Mann, welche gewünscht worden, um mit den Unternehmern zu verhandeln, auf's Pfosten stojen. In vorigen Jahre haben die Kollegen einen, daß es an der Zeit sei, daß etwas gethan würde, um die elende Lage der hiesigen Maurer zu heben. Es wurde eine Zehntsche des Berbundes gegründet. Diese ist in der letzten Zeit des Bestehens in der Mitteldeutschland auf 185 gestiegen. Da nun die Zeit günstig und Arbeit genuglich vorhanden ist, so wurde beschlossen, Förderungen an die Meister zu stellen. Es wurde dies der örtlichen Verwaltung in Hände gegeben, und diese hat auch die nötigsten Schritte gethan. Ein Mindestlohn von 35 & pro Stunde wurde gefordert, am 14. März wurde dies den Meistern bekannt gegeben, und am 16. Januar diese zusammen und beschlossen einen Mindestlohn von 30 & zu zahlen, mit dem Zusatz: wer ist jetzt 30 & und mehr erhalten will, soll 10 Pkt. Zulage, also mindestens 38 & pro Stunde erhalten. Eine öffentliche Verkündigung, die zu einem Angriff der Meister führte, bestrafte denn auch die Vorstöße der Meister eingezogen. Am 1. April sind zwei Abmachungen in Kraft getreten und wir können sagen, daß es zwischen den Meistern und den Körnern sogen. und daß zweitens 38 & verlangt. Bei einem der legeren erhält ein alterer Mann höchstens bis 29 &, wie hoffen aber, daß auch dieser 38 & erhalten wird. Der fünfte und reichste Unternehmer allein hat eine Abmachung gemacht, er hat von 35 Säcken bzw. neuem Mann abweichend ausgeschlagen, alle anderen hat er mit einer kleinen Lohnherabsetzung geplagt abzuweichen, so daß der niedrigste Lohn 28 & beträgt. Nun hat dieser Herr nach der Verhandlung der Meister auch noch erklärt, daß er der Einzige gewesen, welcher für eine Lohnherabsetzung eingetreten ist. Der gute Mann! Als wir dies gesagt hätten. Wie müßten doch Wiedemann nicht kennen! Wir wissen ja, wo er seine Million hat, wir wissen auch, daß er seit nun 23 Jahren die Löhne so geachtet, daß seine Arbeiter nicht ganz verhungerten, wir wissen auch, daß er die Leistungsfähigkeit an gros bereitet, er hat waren 30 bis 35. Darum haben wir schlechten Menschen nicht in seine große Gute glauben wollen, und wir werden auch weiter gerne Wiedemann's Verhalten fröhlich beobachten und ihm dankbar gelingen, wer die Macht in Händen hat. Euch aber, Kollegen, rufen wir zu: Halst an dem Verbande fest und bringt uns mit Herrschenden hinunter in unsere Reihen, damit die Zahl soll wird. Keiner darf fehlen!

## Stuffatene.

Nachdem mit der bisherigen Art des Arbeitsnachweises keine nennenswerten Erfahrungen gemacht worden sind, haben die Leibziger Polizei-Abteilungen einen geregelten Arbeitsnachweis einzuführen, und sind hierzu acht Polizeien, von ihnen zu handhaben und in Stellwerker, gewählt worden, welche abwechselnd den Dienst des Arbeitsnachweises im Verkehrslosale, Restaurant und Spielcasino Wettinstraße 3/6, zu erledigen haben. Die Geschäftsstunden ist von 9 bis 12 Uhr, von 7 bis 8 Uhr Abends, am Sonn- und Feiertagen von 11 bis 12 Uhr Mittags.

Wir bringen dies hiermit den gesammten Kollegen (heute wie zureisenden) zur Kenntnis und ersuchen bringend, bei eintretender Arbeitslosigkeit sich nur an den Arbeitsnachweis zu halten. Der Arbeitsnachweis tritt am 15. Mai in Kraft. Die Arbeitsnachweis-Kommission.

## Die Arbeitsnachweis-Kommission.

中華書局影印

**Leipzig.** Sonntag, der 24. April, fand im Restaurant "Zwischen den beiden Weltkriegen" eine schwere öffentliche Strafzusage bei der Verfilmung des ersten Punkts: "Arbeitsnachweis". wurde das vor der Commission ausgesetzte Reglement nach einer kleinen Aenderung und nachdrückliche Resolution angenommen: „Die heute im Restaurant Spiegel laufende öffentliche Verfilmung der Strafzusage von Leipzig und Umgegend verübt die Kollegen, vom Besuch des Intervenienten des Arbeitsnachweises an, das Unschauen einer Arbeit zu unterstellen und bei eintretenden Arbeitslosen für den Arbeitsnachweis zu benutzen. Hieran werden auch die anwesenden Kollegen verpflichtet.“ Der Arbeitsnachweis tritt am 16. Mai in Kraft. Der zweite Punkt: „Nachschlag zum Agitationsamt“, wurde beriegt. Unter „Gewerbeschützung“ wurden dem Aufsichtsrathende gemäß Aufsatz im „Grundstein“ Nr. 100 bestätigt zur Verhinderung an die im Streit befindlichen Kollegen. Bekanntl. wurden die mangelhaften Situationsberichte aus den Städten. Es kommt der Leipziger Kollegen auch sehr zumutig, daß in Nürnberg 50 Kollegen in den Streit getreten sind, wo doch bis jetzt nur durchschnittlich 50 Kollegen Verbündete gestanden waren. Bekannt wurde noch gegeben, daß der freien Schneidern am Platz nicht  $\text{M}^{\circ} 50$ , sondern  $\text{M}^{\circ} 80$  überredet wurden, da der Streit bereits bei Überlebenduna der

Frankfurt a. M. Dienstag, den 19. April, tratte im Saale des Herren-Siebz eine öffentliche Versammlung der Schaffhauser und verbündeten Berufsgenossen. zunächst sprach Genosse Dr. Ewing über die Bedeutung des 1. Mai. Er erledigte sich mit einer Aufsage in vortheiliger Weise und erhielt reichen Beifall. Im zweiten Punkt „Gründung von Nebenarbeitsstellen“, brachte Kollege Dr. Rausch den Antrag ein, eine Kommission von fünf Mitgliedern zu wählen. Dem Antrage wurde allgemein zugestimmt und beschlossen, sofort die Sache in die Hand zu nehmen. Dann wurde Kollege Konrad Reuß als Delegierter in Gewerkschaftsrat gewählt. Beim Punkt „Verschiedenes“ wählten einige Kollegen über den Maßnahmenabstand. Man kam der Überzeugung, vorsichtig davon abzusehen, da die Konkurrenz sehr schlecht ist und alle übrigen Gewerkschaften bereits die Lohn- und Arbeitsverhältnisse noch zu weit hinter uns liegen.

**München.** Eine von 147 Kollegien befürwortete öffentliche Aufseßerverfassung fand am Samstag, den 23. April, im „Festsaal der Feuerwehr“ statt. Die Großmeister Münchens haben in einer unter sich abgehaltenen Verfassung beschlossen, die zehnjährige Arbeitszeit wieder auf 11 gebracht einzuführen und jahrsweise einen Bauarbeiter ebenso auszuprallen. Dieser Plan des Kreisjagdsausschusses gegen die Schaffende Klafe zieht die Unterstützung vieler Kollegien herbei. Weitrent Befürworter, sowie viele Kollegien schließen sich in starker Weise gegen das Vorgehen des Unterbezirksausschusses. Umsetzung und Beförderungen sollen in einigen Monaten nach dem 1. Mai beginnen.

man ab. Er erlitt Verletzungen am Kopfe, an den Armen und Händen und wurde in das Schleswiger Krankenhaus gebracht — Am einen Abend der Vorabend war ein 16 Jahre alter Arbeiter mit einem Metallstab auf einer Leiter drei Stock hoch heruntergefallen und hat dabei den linken Arm zweimal gebrochen. Der Arbeiter wurde in's Katharinenhospital verbracht.

**Kreisstadt.** Auf der Haerdt waren 2 Maurer mit Grabarbeiten beschäftigt, als plötzlich eine Mutter rannte und die beiden beschützte. Die Eine kam zum Glück mit dem bloßen Schreiten davon, während der Andere an den Beinen Quetschungen erlitt.

**Legesburg.** An einem Neubau stürzte ein Zimmermann, dem zweiter Stockwerk auf die Straße und zog sich schwere Verletzungen zu.

**Sachsen (Wittenberg).** Am 25. April ereignete sich hier ein schwerer Unglücksfall, bei dem sechs Arbeiter schwer verletzt wurden. Die Sechs waren auf einem an der Stelle soeben abgebauten Gestell beschäftigt, das zusammenbrach, wodurch die Arbeiter absturzten. Zwei davon fielen nach dem "Schwund" sehr heftig verletzt hin; einer wurde mittels einer Tragbahre nach Kleinstadt gebracht.

**Waldau (Bayern).** Beim Bau einer Fabrik wurde ein Arbeiter von einem herabfallenden Brett getroffen und tödlich verletzt.

**Neustadt.** Am 27. April. An einem Neubau wurde der Vorarbeiter Karl Maurer, von einem herabfallenden Stein so schwer getroffen, daß er tot auf dem Platz blieb. Der Verunglückte war 33 Jahre alt und hinterließ eine Witwe mit vier Kindern.

### Bauverichte.

(Aus den Baugewerbe-Zeitung.)

**Düsseldorf.** Die Bauhätigkeit liegt größer als im Vorjahr und betrifft meist herrschaftliche Wohnhäuser. Privatbauten auf Spekulation überwogen. Die öffentlichen Arbeiten werden bei gebräuchlichen Bauausführungen durch öffentliche, die kleineren durch beherrschende Ausschreibungen in der Regel auf den Wettbewerbern vergeben, wodurch nicht selten unfaire Elemente berücksichtigt werden; unterosten wird sehr häufig. Die Mietpreise steigen, die Bauausgaben sind ancheinend günstig.

**Kattowitz.** Die Bauhätigkeit noch höher als in den letzten Jahren gestiegen. Sie umfasst fast alle kommunale, industrielle und private Bauten, von denen private Bauten auf Spekulation überwogen. Öffentliche Ausführungen sind für fast alle Arbeiten allgemein üblich, für kommunale, industrielle und Privatbauten zum Theil beschränkt. Bei fast allen Bauten steht der Wettbewerb bevorzugt, im Nebenfall gilt manchmal bei gebräuchlichen Ausschreibungen an fachkundige, leistungsfähige Bauingenieure. Eine befürchtete Verzerrung der Innungsmittel ist nicht recht wahrscheinlich. Die Mietpreise waren bisher niedrig, neigen aber wegen Wohnungsaufzehrung zum Steigen. Die Bauausgaben sind für den bevorstehenden Sommer gut.

**Münster i. Tr.** Es wurde im letzten Jahr mehr gebaut als im Vorjahr, infolge großer häuslicher Arbeiten und zweier großer Brände. Die Bauhätigkeit erstreckte sich städtischerseits auf ein Seminarneubau und -anbau, für private Zwecke auf zwei große Fabrikbauten, bürgerliche und Arbeitersiedlungen. Die öffentlichen Bauten überwogen. Die öffentlichen Arbeiten werden durch öffentliche Ausschreibungen sehr häufig an auswartige Unternehmer vergeben. Die Mietpreise steigen, die Bauausgaben sind ungünstig.

**Blauen i. W.** Es wurde im letzten Jahr mehr gebaut als im Vorjahr, und zwar öffentliche und Privatbauten, letztere vorwiegend und nicht auf Spekulation. Die öffentlichen Arbeiten werden im Bedeutungsverhältnis mehr durch öffentliche Ausschreibungen vergeben, bei der Städtebaude durch öffentliche, bei den Staatsbehörden durch beherrschende und zwar nur an leistungsfähige Baugenieure. Farke's Unternehmungen sind vorgeladen. Die Mietpreise fallen in gleicher Höhe wie 1896 und 1897. Die Bauausgaben sind nicht besonders, es wird mehr auf Spekulation gebaut werden.

**Bozen.** Die Bauhätigkeit war auch in diesem Jahr eine rege, eine Abnahme ist nicht zu verzeichnen. Die Bauteile betreffen Neubauten von Wohnhäusern und Industrieanlagen, die größeren öffentlichen Arbeiten werden in öffentlichen Neubauten vorwiegend. Unterosten wird stark.

**Poissbad.** Die Bauhätigkeit war eine sehr mittelmäßige. Es wurden Privatbauten und einige öffentliche Bauten ausgeführt. Die ersten zum Theil auf Spekulation, zum Theil auf Spekulation. Die meisten der Privatbauten werden durch Schärwerke erbaut. Die öffentlichen Arbeiten werden sowohl von der Stadt wie vom Staat in öffentlichen Ausschreibungen nur an solche Meister und Baufirma vergeben, bei stellenspezifischer Unterstellung. Die Mietpreise fallen durchweg. Die Bauausgaben sind günstiger als im Vorjahr, im Allgemeinen aber immer noch schräg.

**Endenburg.** Die Bauhätigkeit war geringer als im Vorjahr und betrifft den Bau einer Traktorseite, sowie einige Privatbauten. Auf Spekulation wird sehr wenig gebaut. Die Arbeiten vom Garnisonbauamt werden meistens in beschränktem Ausmaß vergeben, bei größeren Arbeiten über 20—25 Meter aufgefordert. Bei der Bergung wird wohl kein Unterschied gemacht werden. Unterosten wird sehr stark.

**Z. B.** bezüglichs der Innungsmittel der Baumeister das Höchstgebot 4. 16. 84, das niedrigste Gebot 4. 19. 28. Die Mietpreise fallen augenscheinlich. Die Bauausgaben sind nicht besonders.

**Görlitz i. g.** Gebaut wurde mehr als im Vorjahr, und zwar Privathäuser, eine katholische Kirche, mehrere städtische Bauten und ein Wasserwerk für die Stadt. Die öffentlichen Arbeiten werden durch öffentliche Ausschreibungen an den Bürgern, vom Staat an den, der beauftragten die besten Arbeiten liefert, vergeben. Es wird nicht, wie früher, ein Vorauszahlung ausgeführt, sondern dem Dienenden überlassen, denselben festsatz zu gewähren. Die Mietpreise sind ähnlich fest, aber nicht hoch, da der ein Raum von 8—4 Stockwerken nicht vermietet werden kann. Angemessen sind noch wenig Ausgaben auf Bauten vorhanden.

**Schneidemühl.** Die Bauhätigkeit ist die gleiche wie im Vorjahr. Gebaut wurden städtische, Wohn- und Wirtschaftsbauten und eine Kaserne für ein Infanterieregiment, jedoch überwiegend die Privatbauten auf Spekulation. Die öffentlichen

Arbeiten werden meist durch öffentliche Ausschreibungen vom Staat an alle, von der Stadt nur an Innungsmittel vergeben, meist bei starker Unterstellung. Die Mietpreise fallen, die Bauausgaben sind nicht besonders gut.

**Schweidnig.** Es ist nicht als im Vorjahr gehandelt worden. Ein Augustusburg und acht Kompanie-Kasernen in Angriff genommen und auch noch unter Dach gebracht. Um das zu ermöglichen, mußte ein bedeutend (11) höherer Sohn gesucht und auch bei dem ungünstigen Witterung geordnet werden.

Die öffentlichen Arbeiten werden durch öffentliche Ausschreibung ausgeschrieben. Die öffentlichen Arbeiten werden durch öffentliche Ausschreibung größtenteils an den Wettbewerbern vergeben. Der gewöhnlich wird stark unterosten. Bei den Kaiserbauten ist in Anbetracht der weit

durchschnittliche Jahreszeit der Anfang überboten worden, und drohten sich herausgestellt, daß die Maurermeister mit den Altbauern kaum auskommen werden. Die Mietpreise sind normal. Die Bauausgaben für Privatbauten sind gering, es ist jedoch bei den Kaiserbauten noch viel zu klagen.

**Stargard i. M.** Es wurde hier und in der Umgebung mehr als in den Vorjahren gebaut, und zwar zwei Schlachthäuser in Neustrelitz und Neumarkenburg, in Rostock Bankgebäude der Mecklenburg-Schleswig-Holsteinischen, mehrere Bremereien auf dem Lande, eine in Wismar und eine große Feuerwehrwache des Feuerwehrhauses Gebäude. Privatbauten, meistens auf Bestellung überwogen. Die öffentlichen Arbeiten werden durch beschränkte Ausschreibungen nur an geprüfte Meister vergeben. Unterstehtungen finden nicht statt. Die Mietpreise sind

zu den neuen Bedingungen und 85 waren „arbeitswillig“. Die Kollegen in Rammberg bereiteten ein Flugblatt, in welchem die dortige Einwohnerchaft über die Notwendigkeit und den Stand des Streiks der Wachheit entspricht im

Streik. In dem Flugblatt wird auch besonders auf die Schäden hingewiesen, welche der Maschinimport der italienischen Gesellschaft, und weiter auf die sanitären Maßnahmen im Gefolge eines Brandes auf dem Gelände des Kadettenhauses. Dies scheint dem Generalimporteur, Maurermeister Niedling, gewesen zu sein. Die Kollegen gehen zu einer „Gesellschaftsflucht“ und mit durchbohrnden Bildern mahnen sie der große Internationale, die Frage an sie richten: „Wer es gewesen wäre, der die in Flugblatt enthaltenen Behauptungen wegen der Daten und wegen des Begegnungsortes und Koalitionsangriffen der Italiener in die Öffentlichkeit gebracht habe?“ Auf diese nahe Frage kommt natürlich keine Antwort gegeben werden, und quindi ist der Dreidimensionalen seinen Leuten ungefähr folgendes an: „Ich will, daß von den Beteiligten am Kadettenhausbau nichts wieder geschieht.“ Die Oeffentlichkeit gebracht wird, im anderen Falle sofortige Entlassung über Überhauptshandlung verhängt wird.“ Man kann ja leicht die Erklärung dieses jüngsten Gesetzes begreifen, wenn man erwartet, daß eine einzige Gesellschaft, die Mietpreis auf einen Wind von oben, durch das Flugblatt heranträgt, an die Bevölkerung zurückgedrängt werden müßten; denn am Dienstag Abend konnten Augenzeuge konstatieren, daß so ein Bruder Italiens unter Aufsicht eines Zimmermanns Gründung eine Abteilung Militärfabriken nach der Kaserne auf dem Jägerplatz führt. Am Dienstag Abend das Trotz darüber hinausgehend, — Der Stand des Streiks ist wie ein Taubenschlag: „Arbeitswillige“ kommen

**Stettin.** Der Streik in Posen ist beendet. Die Kollegen einigten sich mit den Unternehmern auf 80 & Stundenlohn. 32 & wurden gefordert, 45 & vorher bezahlt. Alles den Verbänden angehörende Maurer, besonders den Maurern im Streik, wurde zugestellt, die Innungsmittel gegen sie nicht ergreifen werden. Von beiden Seiten wird eine Kommission gebildet, die nach Bedarf zusammentritt, um Streitfragen zu erledigen und vor Ablauf des Jahres den Lohn für das kommende Jahr festzulegen.

**In Mühlhausen.** haben die Kollegen am Montag die Arbeit wieder aufgenommen zu den Bedingungen, die die Unternehmer früher von dem Gewerbeverein eingehalten haben.

**Magdeburg.** dürfte es am Sonnabend zur Ausschaltung der Maurer gekommen sein. Die Zimmerer haben am Dienstag vorher Woche beschlossen, 45 & Stundenlohn durch Arbeitszeitverkürzung zu erlangen. Dem gegenüber steht die Arbeitsgeberverbands organisierte Unternehmer belohnt, am Sonnabend aufs aus ihrer kleinen beschäftigten Maurer und Arbeiter auszuputzen. Über den Umfang der Ausschaltung werden wir noch keinen Bericht.

**Nach Schluß der Redaktion wird und geschieht:** Am Sonnabend wurden von Seiten des Bau-Arbeiterverbands lärmende Maurer und Bauarbeiter ausgesperrt. Gründet der Ausperrung der Zimmerer auf Sonnabend den 28. April, begann. Der Arbeitsgeberverbund hatte das Ultimatum gestellt: Nehmen die Zimmerer am Sonnabend den 28. April, früh 6 Uhr, die Arbeit nicht beendigungslös auf dann werden lärmende vom hiesigen Bau-Arbeiterverbund beschäftigten Maurer und Bauarbeiter am Abend des 28. April ausgesperrt. Die Drohung wurde zur Thesede. Die natürliche Folge davon ist, daß wir uns dringlich in einen Zwischenstreit einsetzen. Bis zur Stunde der Veröffentlichten hatten sich 600 Maurer als ausgesperrt zur Kontrolle gemeldet. Davon waren 523 bergherhaft, mit 98 Kindern unter 14 Jahren, und 83 lebig. Bei den Bauarbeitern stehen folgt bis zu der nächsten Stunde 387 Ausgesperrte einschließlich. Sie werden sich über den Tag ausgesperrt. Die Drohung wurde zur Thesede. Die natürliche Folge davon ist, daß wir uns dringlich in einen Zwischenstreit einsetzen, in einem kleinen Rahmen, in einem Zwischenstreit zwischen dem Gewerbeverein und den Maurern, und wir noch weniger hätten, als vor dem Streik. Damals bleibt es offenbar bei den Mietpreisen von 28—34 & bis zum 1. Oktober, und vom 1. Oktober wollen die Herren so gnädig sein, einen Minimallohn von 31 & zu gewähren, und nach ihrem Gewissen einen Höchstlohn von 35 & geben. Götter wie dies angekommen, so geben wir den Unternehmern das Recht, uns standig mit 31 & entzögeln. Als unverzüglich gefragt wurde, welche Zahl die Junggesellen die ersten zwei Jahre nach beendeter Lehrzeit erhalten sollten, erklärte Herr Orloff, Führer des hiesigen Bauarbeiterverbands in einer recht synthetischen Weise: das erste Jahr 30 &, das zweite Jahr 28 &. Als darauf die Lohnkommission erklärte, daß die Maurer von Burg unannehmbar seien, erklärte der Herr Orloff in recht scharfen Worten, wir möchten es nicht. Daß die Maurer in der Versammlung nur vorlegen und aufziehen geben wollen. Diejenigen, die hiesigen Bauarbeiterverbands verhindern, die ersten zwei Jahre nach beendeter Lehrzeit erhalten sollten, erklärte Herr Orloff, Führer des hiesigen Bauarbeiterverbands in einer recht synthetischen Weise: das erste Jahr 30 &, das zweite Jahr 28 &. Als darauf die Lohnkommission erklärte, daß die Maurer von Burg unannehmbar seien, erklärte der Herr Orloff in recht scharfen Worten, wir möchten es nicht.

**Aus Burg wird berichtet:** Auf Auseinandersetzung der noch in aktiver stehenden Bauteile und Maurer fand am Montag eine Unterhandlung zwischen der Lohnkommission und den Meistern statt. Das Resultat war gleich Null. Wie prächtig sich das Unternehmertum hier zeigt, beweist, daß man uns nach langem Streiken einen Tarif anzubieten will, wonach ich noch weniger hätte, als vor dem Streik. Damals bleibt es offenbar bei den Mietpreisen von 28—34 & bis zum 1. Oktober, und vom

1. Oktober wollen die Herren so gnädig sein, einen Minimallohn von 31 & zu gewähren, und nach ihrem Gewissen einen Höchstlohn von 35 & geben. Götter wie dies angekommen, so geben wir den Unternehmern das Recht, uns standig mit 31 & entzögeln. Als unverzüglich gefragt wurde, welche Zahl die Junggesellen die ersten zwei Jahre nach beendeter Lehrzeit erhalten sollten, erklärte Herr Orloff, Führer des hiesigen Bauarbeiterverbands in einer recht synthetischen Weise: das erste Jahr 30 &, das zweite Jahr 28 &. Als darauf die Lohnkommission erklärte, daß die Maurer von Burg unannehmbar seien, erklärte der Herr Orloff in recht scharfen Worten, wir möchten es nicht. Daß die Maurer in der Versammlung nur vorlegen und aufziehen geben wollen. Diejenigen, die hiesigen Bauarbeiterverbands verhindern, die ersten zwei Jahre nach beendeter Lehrzeit erhalten sollten, erklärte Herr Orloff, Führer des hiesigen Bauarbeiterverbands in einer recht synthetischen Weise: das erste Jahr 30 &, das zweite Jahr 28 &. Als darauf die Lohnkommission erklärte, daß die Maurer von Burg unannehmbar seien, erklärte der Herr Orloff in recht scharfen Worten, wir möchten es nicht.

**In Stuttgart.** die Zimmerer gleichfalls die Arbeit am Sonnabend niedergelegt haben, haben unsere Kollegen in einer überaus stark belasteten Verhandlung beschlossen und jeden Maurer verpflichtet, keinerlei Zimmerarbeit zu verrichten. Gleichzeitig wurden folgende Forderungen gestellt, wobei eben in den Streik gerufen werden soll: 1. 95 Stundenlohn Arbeitszeit, 2. Mindestlohn von 40 & für Maurermeister, 3. Taglöhner 28. 4. Sofortige Abschaffung des Bonnes des Vorbesitzes des Arbeitsvertrages. 5. Errichtung von höheren Baumitteln an allen Neubauten und großem Umbau, in welchen kein Baumaterial gelagert werden darf. 6. Abhängung der Nutzlastbeschaffungsvorschriften an jedem Bauwerk. (Die Baubücher haben die offizielle Arbeitszeit durch Streik erungen.)

**In Elberfeld.** a. d. M. steht die Kollegen wahrscheinlich im Streik. Die Auseinandersetzung war am Sonnabend, den 30. April, ungefähr 400 Kollegen haben gekündigt, 140 resten noch vorher an.

**Telegraphische Streitteilungen liegen vor aus:** **Neusalz,** **Abbenrode,** **Hegensmühle** und **Kolberg.**

**In Chemnitz** hatten die Kollegen beschlossen, am 2. Mai ab nur noch zehn Stunden zu arbeiten. Wie weit der Streik zur Durchsetzung gebracht und ob es zum Streik oder zur Ausschaltung gekommen ist, darüber haben wir keine Nachricht.

**In Bückeburg** stehen die Kollegen vor dem Streik. 42 & Stundenlohn und geringfügige Arbeitszeit ist die Forderung.

**In Stuttgart und Schwäbisch Gmünd** haben die Kollegen zu erkennen, daß sie infolge des Zimmererstreiks in einer überaus stark belasteten Verhandlung beschlossen und jeden Maurer verpflichtet, keinerlei Zimmerarbeit zu verrichten.

**In Eilenburg** und **Schweidnig** haben die Kollegen am Sonnabend, den 30. April, ab 8 Uhr, die Arbeit nicht beendigungslös auf dann werden lärmende vom hiesigen Bau-Arbeiterverbund beschäftigte Maurer und Bauarbeiter am Abend des 30. April ausgesperrt. Die Drohung wurde zur Thesede. Die natürliche Folge davon ist, daß wir uns dringlich in einen Zwischenstreit einsetzen, in welchem per Stimmtitel über die Vorbedräge des Meisters abgestimmt wurde. Einigung wurde diebstahl abgelehnt und folgendes Antwortbriefen den Meistern zugestellt: „Die heute im Hofsjäger liegenden öffentlichen Maurer, verhindern die Durchsetzung der Bedingungen der Meister ausdrücklich, und erlässt vielmehr, mit allen ihr zu Gehöre stehenden Mitteln die Forderungen der Gesetztes festzuhalten und durchzuführen.“ Dieser Beschuß wurde den Meistern am 26. April ausgestellt. Am 26. sollte die Lohnkommission nochmals zur Unterhandlung erscheinen; als dieß jedoch nicht geschah, erklärte der Meister, daß die Kollegen am 26. April abholen und Blöck genommen hätte, erklärt Orloff förmlich: „Meine Herren! Ich bin mit meinen Herrn Kollegen darüber einig, daß über Ihr Streik eine Unterhandlung nicht stattfinden kann. Ich erkläre Sie, keine lange Rede zu halten, es hat keinen Zweck.“ Hierauf sind wir alle aufzufinden und unserer Wege gegangen. Diese verdammten Gesetztes des Unternehmers werden wir sobald nicht vergessen. Die Kollegen werden nun, soweit kündlich, alle abreisen. Sie sind im Laufe dieser Woche mehr 25 Kollegen abgetreten, im Ganzen sind es 65 Kollegen, die Burg verlassen haben; im Streik befinden sich noch 110 Kinder haben, und 5 lebige Kollegen, 12 Männer erhielten Steinkanone wegen Streikpostenleibung.

**In Tannenberg** ist nichts Neues zu berichten. Die Forderungen der Kollegen wollen sich mit Hand und Fuß gegen die Einschaltung der zehnständigen Arbeitszeit.

**In Preys** sind noch 22 ausgesperrt am Ort. 9 Männer davon sind vorläufig auf kurze Zeit beschäftigt. In den nächsten Tagen werden noch einige Kollegen abreisen.

**In Bückeburg** steht die Kollegen vor dem Streik. 12 Männer haben sich noch bei dem in Bückeburg hat der Unternehmer Hansen aus dem Bau eines Wohngebäudes.

**In Altdamm** ist in den abgelaufenen Woche keine

**Zu Eisenach** liegen sich die Unternehmer in den Haken. Den Freien der Unternehmerorganisation, genannt Innung, und mit bestätigten. Der Baumeister Herr lädt sich in einer Einladung Zeitung wie folgt vernehmen: „Das Schreiben, welches Ihnen die Vertretung des Innungsbordstand an mich direkt gerichtet hat, bringt der Generalversammlung in sich, welches mit Gesetzgebung bis zu 8 Monaten verbreitet ist. Dieses höchst demerkantivische Schreiben ist der Staatsanwaltschaft übergeben, weswegen ich mit besagen kann, heute auf dasselbe einzugehen.“ Noch ein anderer Unternehmer, der gleich Herr die Forderungen der Gesetzten größtenteils anerkannt hat, weist ich entschieden gegen die Forderungen des Innungsbordstandes. In Streik befinden sich die Bauausfertigkeiten gut.

**Die Kollegen in Hamm** bereiteten ein Flugblatt, in welchem die dortige Einwohnerchaft über die Notwendigkeit und den Stand des Streiks der Wachheit entspricht im

Streik. In dem Flugblatt wird auch besonders auf die Schäden hingewiesen, welche die Maschineneinführung des Italienischen Gesellschaft, und weiter auf die sanitären Maßnahmen im Gefolge eines Brandes auf dem Gelände des Kadettenhauses. Dies scheint dem Generalimporteur, Maurermeister Niedling, gewesen zu sein. Die Kollegen gehen zu einer „Gesellschaftsflucht“ und mit durchbohrnden Bildern mahnen sie der große Internationale, die Frage an sie richten: „Wer es gewesen wäre, der die in Flugblatt enthaltenen Behauptungen wegen der Daten und wegen des Begegnungsortes und Koalitionsangriffen der Italiener in die Öffentlichkeit gebracht habe?“ Auf diese nahe Frage kommt natürlich keine Antwort gegeben werden, und quindi ist der Dreidimensionalen seinen Leuten ungefähr folgendes an: „Ich will, daß von den Beteiligten am Kadettenhausbau nichts wieder geschieht.“ Die Oeffentlichkeit gebracht wird, im anderen Falle sofortige Entlassung über Überhauptshandlung verhängt wird.“ Man kann ja leicht die Erklärung dieses jüngsten Gesetzes begreifen, wenn man erwartet, daß eine einzige Gesellschaft, die Mietpreis auf einen Wind von oben, durch das Flugblatt heranträgt, an die Bevölkerung zurückgedrängt werden müßten; denn am Dienstag Abend konnten Augenzeuge konstatieren, daß so ein Bruder Italiens unter Aufsicht eines Zimmermanns Gründung eine Abteilung Militärfabriken nach der Kaserne auf dem Jägerplatz führt. Am Dienstag Abend das Trotz darüber hinausgehend, — Der Stand des Streiks ist wie ein Taubenschlag: „Arbeitswillige“ kommen

**In Querfurt** ruht die Arbeit vollständig; 180 Kollegen sind mit dem Unternehmertum statt der Kaserne auf dem Jägerplatz führt. Ein Unternehmer bot 26 & Stundenlohn mit zweijähriger Gültigkeit, ein anderer will für dies Jahr 26 und mit Begrenzung des nächsten Jahres 30 & zahlen, die übrigen Unternehmer schlossen sich an. Die Kollegen haben meistgängiges Ertragsgebot an. Die Streikenden haben meistgängiges Ertragsgebot an, indem sie für mit 28 & für die nächste Woche und 30 & für nächstes Jahr aufzuteilen geben wollen. Die gebündnete Arbeitsschicht will

**Aus Schlesien** wird berichtet: Auf Auseinandersetzung der noch in aktiver stehenden Bauteile und Maurer fand am Montag eine Unterhandlung zwischen der Lohnkommission und den Meistern statt. Das Resultat war gleich Null. Wie prächtig sich das Unternehmertum hier zeigt, beweist, daß man uns nach langem Streiken einen Tarif anzubieten will, wonach ich noch weniger hätte, als vor dem Streik. Damals bleibt es offenbar bei den Mietpreisen von 28—34 & bis zum 1. Oktober, und vom

1. Oktober wollen die Herren so gnädig sein, einen Minimallohn von 31 & zu gewähren, und nach ihrem Gewissen einen Höchstlohn von 35 & geben. Götter wie dies angekommen, so geben wir den Unternehmern das Recht, uns standig mit 31 & entzögeln. Als unverzüglich gefragt wurde, welche Zahl die Junggesellen die ersten zwei Jahre nach beendeter Lehrzeit erhalten sollten, erklärte Herr Orloff, Führer des hiesigen Bauarbeiterverbands in einer recht synthetischen Weise: das erste Jahr 30 &, das zweite Jahr 28 &. Als darauf die Lohnkommission erklärte, daß die Maurer von Burg unannehmbar seien, erklärte der Herr Orloff in recht scharfen Worten, wir möchten es nicht.

**Aus Burg wird berichtet:** Auf Auseinandersetzung der noch in aktiver stehenden Bauteile und Maurer fand am Montag eine Unterhandlung zwischen der Lohnkommission und den Meistern statt. Das Resultat war gleich Null. Wie prächtig sich das Unternehmertum hier zeigt, beweist, daß man uns nach langem Streiken einen Tarif anzubieten will, wonach ich noch weniger hätte, als vor dem Streik. Damals bleibt es offenbar bei den Mietpreisen von 28—34 & bis zum 1. Oktober, und vom

1. Oktober wollen die Herren so gnädig sein, einen Minimallohn von 31 & zu gewähren, und nach ihrem Gewissen einen Höchstlohn von 35 & geben. Götter wie dies angekommen, so geben wir den Unternehmern das Recht, uns standig mit 31 & entzögeln. Als unverzüglich gefragt wurde, welche Zahl die Junggesellen die ersten zwei Jahre nach beendeter Lehrzeit erhalten sollten, erklärte Herr Orloff, Führer des hiesigen Bauarbeiterverbands in einer recht synthetischen Weise: das erste Jahr 30 &, das zweite Jahr 28 &. Als darauf die Lohnkommission erklärte, daß die Maurer von Burg unannehmbar seien, erklärte der Herr Orloff in recht scharfen Worten, wir möchten es nicht.

**Aus Bückeburg wird berichtet:** Auf Auseinandersetzung der noch in aktiver stehenden Bauteile und Maurer fand am Montag eine Unterhandlung zwischen der Lohnkommission und den Meistern statt. Das Resultat war gleich Null. Wie prächtig sich das Unternehmertum hier zeigt, beweist, daß man uns nach langem Streiken einen Tarif anzubieten will, wonach ich noch weniger hätte, als vor dem Streik. Damals bleibt es offenbar bei den Mietpreisen von 28—34 & bis zum 1. Oktober, und vom

1. Oktober wollen die Herren so gnädig sein, einen Minimallohn von 31 & zu gewähren, und nach ihrem Gewissen einen Höchstlohn von 35 & geben. Götter wie dies angekommen, so geben wir den Unternehmern das Recht, uns standig mit 31 & entzögeln. Als unverzüglich gefragt wurde, welche Zahl die Junggesellen die ersten zwei Jahre nach beendeter Lehrzeit erhalten sollten, erklärte Herr Orloff, Führer des hiesigen Bauarbeiterverbands in einer recht synthetischen Weise: das erste Jahr 30 &, das zweite Jahr 28 &. Als darauf die Lohnkommission erklärte, daß die Maurer von Burg unannehmbar seien, erklärte der Herr Orloff in recht scharfen Worten, wir möchten es nicht.

**Aus Bückeburg wird berichtet:** Auf Auseinandersetzung der noch in aktiver stehenden Bauteile und Maurer fand am Montag eine Unterhandlung zwischen der Lohnkommission und den Meistern statt. Das Resultat war gleich Null. Wie prächtig sich das Unternehmertum hier zeigt, beweist, daß man uns nach langem Streiken einen Tarif anzubieten will, wonach ich noch weniger hätte, als vor dem Streik. Damals bleibt es offenbar bei den Mietpreisen von 28—34 & bis zum 1. Oktober, und vom

1. Oktober wollen die Herren so gnädig sein, einen Minimallohn von 31 & zu gewähren, und nach ihrem Gewissen einen Höchstlohn von 35 & geben. Götter wie dies angekommen, so geben wir den Unternehmern das Recht, uns standig mit 31 & entzögeln. Als unverzüglich gefragt wurde, welche Zahl die Junggesellen die ersten zwei Jahre nach beendeter Lehrzeit erhalten sollten, erklärte Herr Orloff, Führer des hiesigen Bauarbeiterverbands in einer recht synthetischen Weise: das erste Jahr 30 &, das zweite Jahr 28 &. Als darauf die Lohnkommission erklärte, daß die Maurer von Burg unannehmbar seien, erklärte der Herr Orloff in recht scharfen Worten, wir möchten es nicht.

**Aus Bückeburg wird berichtet:** Auf Auseinandersetzung der noch in aktiver stehenden Bauteile und Maurer fand am Montag eine Unterhandlung zwischen der Lohnkommission und den Meistern statt. Das Resultat war gleich Null. Wie prächtig sich das Unternehmertum hier zeigt, beweist, daß man uns nach langem Streiken einen Tarif anzubieten will, wonach ich noch weniger hätte, als vor dem Streik. Damals bleibt es offenbar bei den Mietpreisen von 28—34 & bis zum 1. Oktober, und vom

1. Oktober wollen die Herren so gnädig sein, einen Minimallohn von 31 & zu gewähren, und nach ihrem Gewissen einen Höchstlohn von 35 & geben. Götter wie dies angekommen, so geben wir den Unternehmern das Recht, uns standig mit 31 & entzögeln. Als unverzüglich gefragt wurde, welche Zahl die Junggesellen die ersten zwei Jahre nach beendeter Lehrzeit erhalten sollten, erklärte Herr Orloff, Führer des hiesigen Bauarbeiterverbands in einer recht synthetischen Weise: das erste Jahr 30 &, das zweite Jahr 28 &. Als darauf die Lohnkommission erklärte, daß die Maurer von Burg unannehmbar seien, erklärte der Herr Orloff in recht scharfen Worten, wir möchten es nicht.

**Aus Bückeburg wird berichtet:** Auf Auseinandersetzung der noch in aktiver stehenden Bauteile und Maurer fand am Montag eine Unterhandlung zwischen der Lohnkommission und den Meistern statt. Das Resultat war gleich Null. Wie prächtig sich das Unternehmertum hier zeigt, beweist, daß man uns nach langem Streiken einen Tarif anzubieten will, wonach ich noch weniger hätte, als vor dem Streik. Damals bleibt es offenbar bei den Mietpreisen von 28—34 & bis zum 1. Oktober, und vom

1. Oktober wollen die Herren so gnädig sein, einen Minimallohn von 31 & zu gewähren, und nach ihrem Gewissen einen Höchstlohn von 35 & geben. Götter wie dies angekommen, so geben wir den Unternehmern das Recht, uns standig mit 31 & entzögeln. Als unverzüglich gefragt wurde, welche Zahl die Junggesellen die ersten zwei Jahre nach beendeter Lehrzeit erhalten sollten, erklärte Herr Orloff, Führer des hiesigen Bauarbeiterverbands in einer recht synthetischen Weise: das erste Jahr 30 &, das zweite Jahr 28 &. Als darauf die Lohnkommission erklärte, daß die Maurer von Burg unannehmbar seien, erklärte der Herr Orloff in recht scharfen Worten, wir möchten es nicht.

**Aus Bückeburg wird berichtet:** Auf Auseinandersetzung der noch in aktiver stehenden Bauteile und Maurer fand am Montag eine Unterhandlung zwischen der Lohnkommission und den Meistern statt. Das Resultat war gleich Null. Wie prächtig sich das Unternehmertum hier zeigt, beweist, daß man uns nach langem Streiken einen Tarif anzubieten will, wonach ich noch weniger hätte, als vor dem Streik. Damals bleibt es offenbar bei den Mietpreisen von 28—34 & bis zum 1. Oktober, und vom

1. Oktober wollen die Herren so gnädig sein, einen Minimallohn von 31 & zu gewähren, und nach ihrem Gewissen einen Höchstlohn von 35 & geben. Götter wie dies angekommen, so geben wir den Unternehmern das Recht, uns standig mit 31 & entzögeln. Als unverzüglich gefragt wurde, welche Zahl die Junggesellen die ersten zwei Jahre nach beendeter Lehrzeit erhalten sollten, erklärte Herr Orloff, Führer des hiesigen Bauarbeiterverbands in einer recht synthetischen Weise: das erste Jahr 30 &, das zweite Jahr 28 &. Als darauf die Lohnkommission erklärte, daß die Maurer von Burg unannehmbar seien, erklärte der Herr Orloff in recht scharfen Worten, wir möchten es nicht.

**Aus Bückeburg wird berichtet:** Auf Auseinandersetzung der noch in aktiver stehenden Bauteile und Maurer fand am Montag eine Unterhandlung zwischen der Lohnkommission und den Meistern statt. Das Resultat war gleich Null. Wie prächtig sich das Unternehmertum hier zeigt, beweist, daß man uns nach langem Streiken einen Tarif anzubieten will, wonach ich noch weniger hätte, als vor dem Streik. Damals bleibt es offenbar bei den Mietpreisen von 28—34 & bis zum 1. Oktober, und vom

1. Oktober wollen die Herren so gnädig sein, einen Minimallohn von 31 & zu gewähren, und nach ihrem Gewissen einen Höchstlohn von 35 & geben. Götter wie dies angekommen, so geben wir den Unternehmern das Recht, uns standig mit 31 & entzögeln. Als unverzüglich gefragt wurde, welche Zahl die Junggesellen die ersten zwei Jahre nach beendeter Lehrzeit erhalten sollten, erklärte Herr Orloff, Führer des hiesigen Bauarbeiterverbands in einer recht synthetischen Weise: das erste Jahr



Si und so

\* Im Reichstag hat die sozialdemokratische Fraktion folgende Interpellation eingereicht:  
„Die Unterzeichneten richten an den Herrn Weißbauern

Die Unterzeichneten richten an den Herrn Reichskanzler die Anfrage:

„Bewilligen die verbündeten Regierungen angesichts der ungewöhnlich hohen Getreidepreise eine zeitweilige Aufhebung der Getreidezölle herbei zu führen?"

Die Interpellation wird wahrscheinlich diese Woche zur Verhandlung kommen. — Aus vielen Orten kommen Nachrichten über extreme Steigerungen der Brotpreise. Der Preisstand für Weizen und Roggen ist zur Zeit höher als im Roßjahr 1892, wo selbst der Graf Kanitz wegen der hohen Getreidepreise die zeitweilige Aufhebung des Getreidezolls beantragte.

\* Das Handbuch für sozialdemokratische Wähler, das vom Parteivorstand für die bevorstehende Reichstagswahl Verteilung herausgegeben wird, kommt Ende dieser Woche zur Ausgabe. Es besteht aus 25 Bogen Seite, in dezentem Taschenformat, füllig und elegant gedruckt. An jedes Werksmitglied sollen für die Kandidaten, für die Medien und Vertrauensleute eine Ansatz Exemplare gratis vertheilt werden. Der Preis beträgt im Buchhandel A. 2. Bestellannahmen sind an die Buch-

Soweit zu Agitationszwecken seitens der Verbrauchersleute oder Wahlcomités weitere Partien gewünscht werden, werden diese zu wesentlich herabgesetzten Preise abgegeben und sind diesbezügliche Wünsche zu richten an J. Mauer, Käffebachstr. 9.

\* Der 1. Mai, der Weltfeiertag, ist wieder angekommen. Hier in Hamburg ist der Feiertag, beginnend mit dem prachtvollsten Wetter, großartig begangen. Also um 70.000 Männer und Frauen marschierten in gesetzloser Freude durch die Straßen der Stadt dem Weltfeiertag entgegen. Mit der Wahlkampfstrafe ist jedoch der Kampf für den Weltfeiertag nicht abgeschlossen. Tag für Tag haben alle Genossen ihre starke Kraft eingespielt für die fortgesetzte Verstärkung der Arbeiterschaft. - Neben den Beruf der Maisterin im Allgemeinen berichten wir in nächster Nummer, dem Hause des Blattes, anstrechend

\* Das neue Vereinigungsrecht in Sachsen. Die Deputation der sächsischen ersten Kammer, die die Beratung der Gesetzesvorlage überwiesen war, hat ihre Beratung beendet und ihren Bericht erlassen. Die Deputation hat ein Kompromiss zwischen der Vorlage und den Wünschen der zweiten Kammer geschaffen; die Anträge dieser Deputation wurden vorläufiglich auf der ersten Kammer angenommen, werden aber festzustellen, daß diese Wünsche die Zustimmung der Meisterschaft finden werden, die bei sieben im vorherigen Landständen abgehaltenen Meisterschaften gegeben ist.

Die Weisungen der Deputation der ersten Kammer deuten s. mit, denen der zweiten Kammer, nur der Aufschluß der pflichtigen Frauen aus Besammlungen wird von ihr nicht gespiert. Sie haben seit mit den hohen Wahlscheinlichkeit zu tun, das die Vorlage in dieser Form Gesetz werden wird, an dem vermutlich ist, daß im Vergleichsberichten die ameite Kammer so viel von ihrem eigenen Weisungen weiszugeben dürfte. Damit wird also das Verbündungsverbot aufgehoben und S. Compensation dafür wird ein Minderbericht, die Thellwisse am politischen Verformungen verbürgt, wogenen zu lassen mit Geldstrafe bis zu 15. oder Haft bis zu sechs Jahren befreit ist. Da bestrebt, obwohl die bestrebt, obwohl

§ 1a. „Widerjährigen ist die Theilnahme an Versammlungen, welche politischen Zwecken dienen, verboten. Die Berathalter oder Leiter einer solcher Versammlung sind gehalten die Aufforderung, sich zu entfernen, an sie stung und drohen.“

Schr. 109a beweist hierz **die "Sächs. Arbeitersitz":**  
Die Geschäftsräume werden **doch** auf die Sitzung gefasst  
und müssen, das die Wiederholungen aus Ihren Verhandlungen  
ausgeschlossen werden. Heftig sagt das nicht der offizielle  
Redegeuter, wie er sie jetzt vorgelesegen wird; aber auf den kommt  
es nicht an in Sachen, sondern auf die Auslegung. Die  
Auslegung aber geht dahin, dass man auch heute schon die  
verstaatlichten den Berichterstatter unterstellt und sie als Vereine  
oder als mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigten  
Leuten, keine Wiederholungen als Mitglieder aufnehmen und  
sie überweisen dürfen. Mit derselben Redegeutheit wird  
es auch festlich brachte, mit derselben Redegeutheit wird  
die gewerkschaftliche Agitation ist die Aufführung der  
Aufzugsfahrt vor der Reichswahlzeit der Organisation. Das  
geschieht am zweckmäßigsten in öffentlichen Verhandlungen und  
ist einfach zweckmäßig und durchaus nothwendig, dass  
die gewerkschaftspolitische Dinge erörtert werden. Die sind ja un-  
abbar mit der Frage der Reichswahlzeit der gewerkschaftlichen  
Organisation, der Partei, deren Orientierung, dass eine Gewerkschaft, die  
Frage aufzuheben, das Streiftum ihrer Fortentwickelung lese-

Die geagt, es kommt auf die Auslegung und Handhabung Gesetzes an, aber die liegt zunächst in den Händen von Personen, die dem öffentlichen Sinn ziemlich fern stehen und bei ihrer geringen politischen Bildung nur allzu geneigt den vermeintlichen Wünschen der oberen Schichten auf Einwendung der Arbeitsteilung unter allen Umständen mit Mitteln Rechnung zu tragen. Was also den Gewerbetreibenden durch Abschaffung des Verbundungsvertrages gegeben wird, wird ihnen auf der anderen Seite mehrfach genommen, daß ihnen die Auflösung ihrer jugendlichen Bindungen in Versammlungen so gut wie unmöglich gemacht

\* Zwei beachtliche Urtheile des preussischen Kammergerichts bezüglich Auslegung des Vereinsgesetzes veröffentlicht die Deutsche Juristen-Ztg. Das erste Urtheil betrifft die nach § 2 des preussischen Vereinsgesetzes der Vereinsverbindungen obliegende Verpflichtung, den Polizeibehörden jährlich auf die Statuten und das Mitgliederausverzeichnis bezüglich Auskunft zu erteilen. Ein Angeklagter hatte nun die von der Polizei wiederholt verlangte Auskunft über die Wohnung einzelner Mitglieder wahrheitsgemäß bejaht beantwortet, daß ihm die Wohnungen unbekannt seien. Das Kammergericht hat entschieden, daß diese wahrheitsgemäß Auskunft ungern mitsiehe, ferner, dass

Vorstände nicht zugemischt werden, wenn ihm selbst die Wohnungen der Vereinsmitglieder unbekannt sind, Ermittlungen anzustellen, lediglich um die von der Polizeibörde erforderliche Auskunft erteilen zu können. Ebenso ist nicht angunehmen, daß dem Angeklagten deshalb, weil er beim Eintritt der Mitglieder in den Verein sich nach der Wohnung derdefolgen zu erkundigen, aus § 145, S. 1, F. 1, verstrickt habe.

amtten, die Weibereinstellung alter Ausgeschlossen in die alten Rechte verfangt werden. Ein diesbezüglicher, von den Delegirten des Kongresses zu unterzeichnender Aufschluß soll an die Buchdruckergesellschaften verbreitet werden. Aufschluß an diesen Kongress legte der erste Kongress der Gewerkschaft der Buchdrucker, Schriftgießer und verw. Berufsgenossen. Die Gewerkschaft befürwortete u. d. Aufschluß als die Generalkommission, obwohl diese gegen die Gründung der Gewerkschaft Stellung genommen hat.

In Würzburg tagte am 10. und 11. April der <sup>19</sup> Verbandstag des Gläsernenbandes. Anwesend waren 19 Delegierte, welche 61 Fachstellen dekretierten. Aus dem Geschäftsbuch des Vorstandes entnehmen wir, daß der Verband 51 Fachstellen, 11 Einrichtungen und 2 Orte mit Berkausmannen umfaßt; das entspricht einem Zusammensatz von 8 Fachstellen, eingegangen sind in den letzten 3 Jahren 1898-1900, von denen 6 wieder neu erichtet wurden. Die Mitgliederzahl ist von 1898, nach Abrechnung des 4. Quartals 1894 auf 1700 gewachsen. Die Gründung eines neuen Nachorgans, welche nicht ohne heftigen Widerstand erfolgte, hat sich sehr gut bewährt. Landesbewegungen wurden in den letzten 3 Jahren in 26 Fachstellen einzuführt, von denen 14 Fachstellen ihre Fortberungen ohne besondere Schwierigkeiten durchsetzen, in 7 Fachstellen wurden die Fortberungen erst nach heftigster Auseinandersetzung der Arbeit bestätigt. Zu längerem Streit kam es nur in Leipzig, Würzburg und Köln. Letzterer endete nach achtmonatiger Dauer mit einem vollständigen Siege der Arbeiter. Nur der Streit in Rößl ging schließlich verloren. Aus dem Geschäftsbuchbericht des Kassisters ist zu entnehmen, daß der Verband in den drei Jahren 1895, 1896, 1897 eine Einnahme von M. 57853,45 hatte, welcher eine Ausschüttung von M. 47 881,55 gegenübersteht, so daß der jetzige Verband M. 10029,100 verfügt. Bei Neuunterstiftung wurden vertraglich M. 8460,25 Arbeitskollektivunterstiftung M. 2275,25. Der Anteil, Nebentritt zum Gläsernenbande, wurde mit 15 gegen 4 Sonnen abgerechnet. Der Wochenbeitrag wurde von 15 auf 20 erhöht. Arbeitskollektivunterstiftung, die bisher nur in Berkausmannen gehörte, wurde, erhalten in Zukunft auch Lebzig, die durch die Familie den Ort gebuhnen sind. Weiterverschaffung wurde mit einer kleinen Abänderung angenommen. Neu eingeführt wird die Werbung für Kunstmittel.

Die vierte Generalversammlung des Vereinandes der Legif-  
arbeiter tagte vom 9. und 10. April in Gera. Es waren 68  
Delegierte, 2 Vorstandmitglieder und 1 Vertreter der Aus-  
kunftsanstalt anwesend. Der Vorstand hat in den letzten zwei Jahren  
eine große Fortschritte gemacht. Ende 1892 zählte er zu 188  
Mitgliedern, Ende 1893 zu 24175 Mitgliedern.  
Die Zahl der organisierten Dörfer hat um 36 zu 176 Mitgliedern  
um 8175 angestiegen. Von den Mitgliedern sind zu 2026  
familien und zu 3750 weiblichen Gehörigen. Die Lokalverwal-  
tungen hatten in dem Zeitraum vom 1. Oktober 1892 bis zum  
1. Dezember 1897 bei einem Bestande von M. 8084 eine Gesamt-  
zunahme von M. 178560. Darunter an Eintrittsgeldern und ver-  
triebenen Rechnungen M. 147800 und M. 2849 Zuflüsse aus  
der Haushalte. Die Dorfverwaltungen vertrauteten in dem  
Jahre 1897 für Verbrauchung M. 18448, für Reiseunterstützung  
M. 10459, für Strafentfernung M. 16911, Gemärgregellen-  
förderung M. 7448, Rechtsförs. M. 1269 und für Agitation  
M. 7833. Ein Rätestand beschließt den Lokalverwaltungern  
19 342. Die Haushalte hatten vom 1. April 1892 bis zum  
1. Dezember 1897, bei einem Rätestande von M. 4578, eine  
Zunahme von M. 129 268. Von den Dorfverwaltungen  
wurden von den Einwohnern an Eintrittsgeldern und Beiträgen  
106 649 an die Haushalte gelebt. Durch Abtrennung  
aus Büchse der Dorfverwaltungen erhielt die Haushalte  
10 856. Die Ausgabe der Haushalte betrug in dem ge-  
nannten Zeitraum 111 846. Ein Rätestand beschließt  
11 1671. Unter den Ausgaben stehen für: Hochzeiten M. 49048,  
Agitation M. 994, Strafentfernung M. 35 803, Gemärgregellen-  
förderung M. 555, Rechtsförs. M. 1055, Reiseunterstützung  
8495, Kongresse und Generalversammlungen M. 1947, Beitrag  
die Generalsozialfonds für neuen Durchar. M. 4070, perfektion-  
ierungskosten M. 3071 und soziale Verwaltungskosten  
4918. Im Jahre 1897 wurden bei dem Vorstand 17 Strafen  
gegeben und genehmigt, an welchen 3079 Personen insgesamt  
116 Wochen bestraft waren. Von den 17 Strafen waren  
16 Weißstrafen mit 1170 Weißstrafen. Die Urtheile der Abwehr-  
gerichts waren zum größten Theile Schiedsdisziplinar, in einigen  
Fällen das Verlangen der Unternehmer, daß die Arbeitnehmer aus-  
genommen und genehmigt, an welchen 3079 Personen insgesamt  
116 Wochen bestraft waren. Von den 17 Strafen waren  
9 Weißstrafen, 2 hatten Weißstrafen und 1 diente Erfolg, in  
Angustiestrafen wurden 2 mit vollständigem und 3 mit  
teilweise Erfolge durchgeführt.

Sodann beschäftigte sich die Generalversammlung mit An-  
sprüchen auf Erhöhung der Beiträge und Einführung des Arbeits-  
unterstützung. Von dem Reichsbundvorstand ist eine Arbeits-  
aufsicht für die Zeit vom 1. Dezember 1896 bis zum  
November 1897 aufgetragen worden. Die aufgesetzten  
Abgeordneten wurden von 15 689 Mitgliedern beantwortet. Von  
ihnen waren 1171 insgesamt 7894 Wochen arbeitslos. Es  
waren demnach 53% der Anteilswertung arbeitslos, gesetzte  
Kämen pro Kopf der an der Statistik Beteiligten 8 Tage  
arbeitslos. Es waren bemerkbar bei einer Unterstützung von  
1. pro Tag nur 54 % Weiblichkeit pro Mitglied für die  
Arbeitsunterstützung erforderlich. Die Statistik sieht aber  
im umfangreich genug zu sein und sind Delegierten nicht gezeigt,  
wie weniger als 5 Tage arbeitslos waren. Es war ein  
Vortrag eingereicht, für die Arbeitsunterstützung eine be-  
stimmte Stelle neben der Zentralstelle einzurichten. Es sollten  
dafür 50, 10, 15 und 20 % Weiblichkeit und M. 5  
10 und 20 % Weisheitunterstützung eingerichtet werden. Sobei  
die folkte beispielhaft, welche Unterstützungsstufe für den Ort  
gegebend sein soll. Als Klarzettel war ein Jahr vorgesehen.  
Beitritt sollte freiwillig sein, doch nur Verbandsmitglieder  
dürfen werden können, und sollten die Anträge an die Käffe  
des Glesches der Verbandsmitgliedschaft aufzuführen. Der  
Vortrag wurde gegen 20 Stimmen abgelehnt. Dann wurde  
die Beitragserschließung — der Beitrag beträgt wöchentlich  
3 — abgelehnt.

© 2000 by the Board of Trustees of the University of Illinois.

**Kongresse und Generalversammlungen.**  
Die **Arbeitsgemeinschaftsgesigner im Buchdruckgewerbe** hielten ihren Kongress am 10. April in Halle ab. Es waren 21 Orte vertreten. Am 11. April folgte die statthaftende Generalversammlung des Verbands, bei der die Loslösung von den **Arbeitsgemeinschaften** gefordert wurde. Die Revision des Statuts befürchtete Sicherung der Gewerberechte und der Meinungsfreiheit im „Correspondenten“.

